

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die dreispaltige Petitionelle oder deren Raum 30 A.

An die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Im Auftrage der 345 Delegierten des Tabakarbeiterkongresses, im Interesse der von diesen vertretenen 170 000 Arbeiter der Tabakindustrie und deren Hilfsideen appellieren wir an Eure Solidarität! Ihr, unsere Mitbrüder und Mitschwester, werdet Verständnis haben für unsere Bedrängnis; durch Euren einmütigen Protest ist die Umsturz-, ist die Forderungsvorlage gefallen; Ihr werdet uns auch jetzt zur Seite stehen, weil unsere Interessen auch Eure Interessen sind.

Ihr wißt, daß die deutsche Reichsregierung die Tabakindustrie abermals zu den bisher von ihr getragenen ca. 80 Millionen Mark Zölle und Steuern mit weiteren 78 Millionen Mark neuen Steuern belastet will.

Die Konsumenten sollen die Steuern bezahlen! In der Hauptsache wird das zunächst zutreffend sein, weil man den in der Industrie tätigen über 200 000 Personen von ihrem Gesamtlohn von ca. 110 Millionen Mark nicht plötzlich 80 Millionen Mark abziehen kann, da dann selbst für die an Hunger und Not gewöhnten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen zur Fristung ihrer Existenz zu wenig übrig bleiben würde.

Aber, Ihr Arbeiter, die Ihr Tabakkonsumenten seid, wißt, daß Ihr nicht — zumal jetzt nicht, in der Zeit der Krisis — beliebig Euren Ausgaben für Euren Bedarf an Tabak erhöhen könnt. Werden nach den Plänen der Reichsregierung die Konsumgüter der großen Masse um 1 bis 2 % pro Stück verteuert, so könnt Ihr nicht der Reichsregierung und den Tabakarbeitern zuliebe 25 bis 50 % pro Woche für Euren Bedarf an Zigaretten mehr zahlen. Ihr müßt Euch nach der Decke strecken und werdet Euren Konsum entsprechend der Mehrbelastung vermindern müssen.

Der Tabak ist kein Nahrungs-, sondern ein Genussmittel, aber gerade, weil er das ist, hat noch überall, in jedem Lande eine Zoll- oder Steuererhöhung einen entsprechenden Rückgang des Konsums zur Folge gehabt. Durch die Zollerhöhung von 1879 wurden circa 200 000 Tabakarbeiter brotlos; nach den mit 1875 vergleichbaren Zahlen der Gewerbestatistik betrug 1882 die Zahl der aus der Industrie verdrängten Personen noch circa 14 000. Die in Verdächtigung verbleibenden Tabakarbeiter durften nur halbe Tage arbeiten. Dieser Zustand dauerte jahrelang. Ungehöriges Elend kam über die Tabakarbeiter. In dieser entsetzlichen Periode der Not waren die Tabakarbeiter gegenüber den Fabrikanten völlig wehrlos; überall wurden die Löhne reduziert, in vielen Orten um höhere Beträge, als die Mehrbelastung durch den höheren Zoll ausmachte.

Für die gesamten Tabakarbeiter folgte eine fast zwei Jahrzehnte andauernde Periode völliger Verdumpfung. Die Tabakindustrie ist eine fliegende Industrie; die Großfabrikanten haben sich, nur, soweit es absolut möglich ist, an einen Ort gebunden. Wollten die Arbeiter in einem größeren Industrieort zu den elenden Löhnen nicht weiterarbeiten, verlegte man die Fabriken in Dristaften, wo die Arbeiter noch völlig hehrlos waren; man gab Kommissions- oder Hausarbeit in anderen weit abgelegenen Orten aus, um von der Arbeiterschaft so unabhängig wie nur irgend möglich zu bleiben. Zahlen beweisen. Die höchsten Löhne wurden vor 1879 im Norden, die niedrigsten im Süden bezahlt. 1878 betrug die Zahl der Arbeiter im Norden 22 000; 1806 16 000; im Süden dagegen waren 1875 20 000; 1806 40 000 Arbeiter.

Die Zollerhöhung von 1879 ist eine der wesentlichen Ursachen mit, daß die Tabakarbeiter in ihrem Durchschnittsverdienst gegenüber den übrigen Arbeitern Deutschlands um 44 Prozent zurückgeblieben sind. Welch ungeheure Mühen hat es gekostet, die durch das Sozialengesetz 1878 getrimmerte Organisation wieder auf-

zubauen. Die gewerkschaftlichen Organisationen der Tabakarbeiter waren ohnmächtig gegenüber den Wirkungen der Zollerhöhung von 1879. In vielen Distrikten herrschte völlige Paralyse unter den Tabakarbeitern; das fürchtbare Elend hatte sie so stumpfsinnig gemacht, daß alle Versuche, sie zu organisieren, fehlschlagen.

Endlich, nach zwei Jahrzehnten unglücklicher Mühe und Arbeit ist es gelungen, die Hoffnungslosigkeit, die dumpfe Verzweiflung etwas zu bannen; die Löhne sind in vielen, harten Kämpfen im letzten Jahrzehnt wieder etwas erhöht worden. Das, was nach 1879 den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurde, haben sie jetzt, nach 30 Jahren, ungefähr wieder erreicht. Wahrscheinlich, wenn irgend eine Arbeiterschaft von Reichs wegen in ihrer Lebenshaltung gedrückt worden ist, so sind es die Tabakarbeiter. Durch die ständig wachsenden indirekten Steuern wurden ihnen alle Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenso verteuert wie allen anderen Arbeitern.

Durch die Wirkungen der Zollerhöhung von 1879 waren sie aber in ihrem Streben, sich der allgemeinen Teuerung entsprechende höhere Löhne zu erkämpfen, für zwei Jahrzehnte völlig lahmgelegt. Im Jahre 1900 ein Durchschnittsverdienst von M. 641, 1907 von M. 608. Diese beiden Ziffern reden mehr, als Worte es zu tun vermögen, sie zeigen uns, daß es wieder aufwärts geht, sie beweisen uns aber auch, wie traurig noch heute die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Tabakarbeiter sind.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Begreift Ihr nun, weshalb wir Tabakarbeiter uns wehren müssen, begreift Ihr die Erregung, welche sich der ganzen Tabakarbeiterschaft bemächtigt hat? Begreift Ihr unsere Angst und unsere Sorgen?

Wir sollen das Opfer sein!

Auf dem Altar des Vaterlandes, wie verständnislose und egoistische Alerpatristen deklamieren, die sich selbst von ihrem großen Einkommen entsprechender Verteuerung drücken wollen, sollen wir das Opfer unserer Existenz bringen! Ob der Reichstag die von der Regierung vorgeschlagene Wapserolesteuer annimmt, oder ob er, wie 1879, eine Zoll- und Steuererhöhung beschließt, für uns Tabakarbeiter wird das Unglück gleich groß sein.

Wiederum werden Zehntausende von Tabakarbeitern brotlos werden, wiederum werden die beschäftigten Arbeiter bei wesentlich verkürzter Arbeitszeit arbeiten müssen, wiederum wird man uns die Löhne reduzieren.

Und wie nach 1879 werden die Fabrikanten abermals Fabrikhallen dort errichten, wo völlig hehrloslose umorganisierte Arbeiter leben. Der Süden dünste von dieser Abwanderung der Industrie nicht viel profitieren — schwärz — an die russische Grenze wird der Zug gehen. Dort werden jetzt die niedrigsten Löhne gezahlt; dort bedienen die Tabakarbeiter um 25 Prozent weniger, als der allgemeine Durchschnittsverdienst der Tabakarbeiter beträgt — M. 446 pro Ballarbeiter im Jahre.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir haben im letzten Jahrzehnt immer größere Scharen von Tabakarbeitern unseren gewerkschaftlichen Verbänden und damit gleichzeitig der organisierten, kämpfenden Armee des Proletariats angefügt.

Unsre ganze Organisationsarbeit wird abermals vernichtet werden, wenn die Tabakindustrie mit höheren Zöllen und Steuern belastet wird.

Kann Euch das gleichgültig sein? Dürft Ihr ruhig zusehen, wie die Arbeiterdistanz einer so großen Industrie völliger Verdumpfung, dem Skutium überantwortet wird?

Schon heute zählt die Reservearmee der Arbeitslosen nach Hunderttausenden; die hinzukommenden 40 000 oder 50 000 arbeitslosen Tabakarbeiter werden das Angebot von Arbeitskräften aber nicht für eine kurze Zeit, sondern für viele Jahre ver-

mehren. Das bedeutet Lohnrückgang auch für die Arbeiterschaft im allgemeinen, nicht nur für die Tabakarbeiter!

Bisher bot die Tabakindustrie Unterschlupf für verkrüppelte, schwächliche Personen; so mancher in einer andern Industrie verunglückte Arbeiter, welcher bei der ihm kärglich zugemessenen Unfallrente nicht existieren konnte, wurde im späteren Lebensalter noch Tabakarbeiter. Wenn die Tabakindustrie durch eine Zoll- oder Steuererhöhung in eine so fürchtbare Krisis hineingerät, wird das nicht nur nicht mehr möglich sein, sondern die jetzt beim Tabak beschäftigten Krüppel werden als die weniger leistungsfähigen Arbeiter massenhaft arbeitslos werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Nicht nur als Konsumenten, sondern auch als Produzenten seid Ihr an der Tabaksteuer interessiert. Deshalb kämpfen wir Tabakarbeiter nicht nur für uns, sondern auch für die allgemeinen Interessen, wenn wir uns gegen die drohende Gefahr zu wehren suchen.

Wir haben getan, was in unsren Kräften stand; wir haben den Reichstagsabgeordneten durch einwandfreies Material bewiesen, welches Unglück sie über die Tabakarbeiter heraufbeschwören würden, wenn sie irgend eine Mehrbelastung des Tabaks zustimmen würden; wir haben durch unsre Vertreter in den einzelnen Wahlkreisen die Abgeordneten persönlich aufsuchen lassen, wir haben zu allen unsren Protestveranstaltungen die Abgeordneten höflich eingeladen.

Was war das Resultat?

Gewiß — eine Reihe Abgeordneter und zwar sämtlicher Parteireichungen, die aus eigener Kenntnis in ihren Wahlkreisen sich ein Urteil bilden konnten, haben erklärt, unter allen Umständen gegen jede Mehrbelastung des Tabaks stimmen zu wollen — die meisten Abgeordneten aber antworteten ausweichend; sie erklärten, sich nicht binden zu können; ein Teil jedoch war keinen Argumenten zugänglich und meinte, der Tabak werde diesmal bluten müssen, ja, sie behaupteten sogar, das sei die Stimmung in der gesamten Fraktion, der sie angehörten.

Die Situation ist für uns keine hoffnungstreubige, wir betrachten sie aber noch nicht als eine verzweifelte.

Unsre Gründe, die wir gegen die Tabaksteuer vorbringen, sind die der Wahrheit und des Rechtes, und so gelobten sich die 345 Delegierten am Schlusse des Tabakarbeiterkongresses einmütig, den Kampf nicht aufzugeben, sondern in verstärktem Maße fortzuführen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Dazu bedürfen wir Eurer Mitwirkung! Namentlich an Euch wenden wir uns, organisierte Arbeiter Deutschlands, mit uns gemeinsam das geplante Attentat auf unsre gewerkschaftlichen Organisationen abzuwehren. Was Glaubens Ihr auch seid, welcher gewerkschaftlichen oder politischen Richtung Ihr immer angehört, mögt, wir alle kämpfen — für eine bessere Lebenshaltung der Arbeiter. Kein Arbeiter, keine Arbeiterin kann und darf dulden, daß so große Massen zu Ruins degradiert werden. Deshalb unterstützt unsre Protestbewegung mit aller Euch zu Gebote stehenden Energie, und wo immer unsre Vertreter sich an Euch um moralische Beihilfe wenden, laßt sie nicht vergeblich mahnen: **Unsre Interessen sind Eure Interessen!**

Und hoffnungstreubig, wie bei Beendigung des Tabakarbeiterkongresses, schalle der Schlußruf der gesamten Arbeiterschaft durch alle Lande:

Durch Kampf zum Siegl

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands.

Politische Umschau.

Sozialpolitische Debatten im Reichstage. — Die innerpolitische Situation. — Was wird aus der Reichsfinanzreform? — Hilfe für die Tabakarbeiter im Kampfe gegen das Tabakarbeitsprojekt. — Kongress der Bergarbeiterverbände. — Einflüssiges über das Baugewerbe in Preußen. — Hochwasser.

Der Reichstag hat nach dreitägiger Unterbrechung seiner Arbeiten in seinen Sitzungen vom 4. bis 6. Februar sich mit der zweiten Beratung des Etats des Reichamts des Innern beschäftigt. Es sind für diese Beratung etwa acht Tage in Aussicht genommen. Sie bildet bekanntlich immer ein Konglomerat sozialpolitischer Debatten. Alle Parteien bringen bei dieser Gelegenheit ihre sozialpolitischen Wünsche, Forderungen und Begehren vor. Die Sozialdemokraten beantragen:

I. Erweiterung der Bundesratsverordnung über den Betrieb der Anlagen der Großindustrie (Maximalarbeitszeit, Einschränkung der Überarbeit, strenge Durchführung der Schutz- und Unfallverhütungsvorschriften, sanitäre Vorschriften) und auf Erlass einer Verordnung über die Einrichtung und den Betrieb von Metallwerkstätten (Dauer der wöchentlichen Arbeitszeit, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Anwendung von Staubabfanganlagen, Durchführung der Arbeiteraufsichtsvorschriften, Einrichtung von Wasch- und Vadeanstalten etc.).

II. Erlass eines Reichsberggesetzes, das in bezug auf die Arbeiter hauptsächlich folgende Vorschriften enthalten soll: 1. Es sind Grubenkontrollen anzustellen, die von den Arbeitern aus ihrer Mitte geheim gewählt und vom Staat bestellt werden. 2. Vom 1. Januar 1910 ab darf die Schichtzeit im gesamten Bergbau, vom Beginn der Einfahrt bis zur Verendigung der Ausfahrt gerechnet, höchstens neun, vom 1. Januar 1911 ab höchstens acht Stunden betragen. 3. Vor heißen Betriebspunkten, die eine Wärme von mehr als 25 Grad Celsius aufweisen, darf die Schichtzeit vom 1. Januar 1910 ab nur sieben, bei 28 Grad und darüber nur sechs Stunden betragen. 4. Uebersichtlichen Feldern, abgesehen von Kottlöchern, zu bedienen. 5. Auf allen Verken mit mehr als 20 Mann Belegschaft sind Arbeiterschlichte geheim und direkt zu wählen, die mit wirksamen Befugnissen zur Wahrnehmung der Arbeiterinteressen ausgestattet sein müssen. 6. Das Strafwesen soll auf höheren Eingraden werden, das dem Arbeiterstand ein Mitspracherecht eingeräumt wird. 7. Der Arbeiterstand hat die etwaigen besonderen Unterhaltungs- und Wohlfahrtskosten mit zu bezahlen. 8. Das Krankheitsversicherungswesen ist nach den bekannten Grundsätzen zu reformieren. 9. Bildung einer Reichsbehörde zur Untersuchung und Vorbeugung bei Unfällen im Bergbau, die hiesigen soll aus Sachverständigen des Bergbaus, die der Bundesrat ernimmt, aus Weibern, die der Reichstag wählt, und aus Vertrauensleuten, die die Bergarbeiter wählen.

III. Erlass einer Verordnung zum Schutze der in Glasfabriken und in der Glasindustrie beschäftigten Arbeiter.

Das Zentrum beantragt u. a.: obligatorische Einführung der Berufsunfähigkeitsversicherung bei der Krankenversicherung, Abänderung des Verfallsjahres (Verbot mit der Herausgabe von Zeugnissen und Bescheiden eine Verfallsfrist, legend welcher Art zu verfahren); Erweiterung der Schutzvorschriften in der Großindustrie, auf Unterstellung des Bundes mit Glasfabriken unter die Konzeptionspflicht.

Auch die Freiwirtschaftler beantragen eine einheitliche reichsgerichtliche Regelung des Berggesetzes und der Bergarbeiterverhältnisse.

Der die Zentrumsanträge begründende Abgeordnete Triandor erklärte u. a., daß keine Partei „nach wie vor“ auch besonders von den Arbeitern gemachte Aufforderungen für die Bauausführungen verlange. Daraus „nach wie vor“ müssen wir doch dahin richtig stellen, daß das Zentrum zu dieser Forderung sich erst bekannt hat, nachdem sie schon lange von den freien Gewerkschaftsorganisationen der Bauarbeiter und der Sozialdemokraten erhoben worden, und von da auch zu den christlichen Arbeitern gelangt war. Dem Wunsch des Herrn Triandor nach „mehr Arbeiterchutz“ begegnen die national-liberale Herr Wasserbauer mit der Bemerkung, daß die Arbeitskraft des Reichstages nicht ausreicht, Sozialpolitik in schnellerem Tempo zu betreiben. Uebrigens sei doch das Arbeitskammergesetz unterbreitet und ein Teil der Gewerbeordnungsnovelle Gesetz geworden.

In langer Rede behandelte der sozialdemokratische Abgeordnete Koch sehr eingehend so ziemlich alle die Arbeiterangehenden sozialpolitischen Fragen und Forderungen, u. a. die Sicherung des Konzeptionsrechts und den Schutz der Arbeiterorganisationen vor dem Terrorismus der Unternehmer und Behörden, ferner die Witwen- und Waisenversicherung und die Vereinheitlichung der Krankenkassen.

Die innerpolitische und parlamentarische Situation ist recht gespannt und kann sich gar leicht und schnell kritisch entwickeln. Sieht doch in ihrem Mittelpunkt die Frage der Reichsfinanzreform. Was daraus wird, vermag zurzeit kein Mensch zu sagen. In der Finanzkommission des Reichstages, welche die Evidenzsteuerprojekte durchzubringen hat, ist das Brauwirtschaftsmonopol abgelehnt worden; jetzt opponieren Konsumverbände und Zentrum sehr energisch gegen die Nachlass- und Erbschaftsteuer. Für den Fall, daß die Kommission sie ablehnt, rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit der Möglichkeit, daß auch die anderen Steuerentwürfe abgelehnt werden und damit das ganze Finanzreformprojekt der Regierung ins Fall kommt. Was aber dann? Im Reichstage war Ende voriger Woche das Gerücht verbreitet, daß diese Ablehnung eine Reichstagsauflösung zur Folge haben könnte. Wir glauben diesem Gerücht keinen Glauben; denn die Regierung wird sich doch selbst sagen, daß sie mit einer Reichstagsauflösung nichts gewinnen kann. Sie fordert 500 Millionen neue Steuern, und das ist wahrlich keine Wohlparole, daß sie sich einen ihr günstigen Erfolg versprechen kann. Von unsrer Darstellung werden Brauwirtschaftler, Bier- und Tabak unter allen Umständen daran glauben müssen. Wir bezweifeln nicht, daß sie für ihre höhere Belastung, wenn auch gerade nicht in den von der Regierung vorgeschlagenen Formen, eine Mehrheit in der Kommission und im Plenum des Reichstages finden wird. Dagegen hat die Getreide- und Gassteuer nicht die geringsten Aussichten auf Annahme, während die Einführung einer Zinsteuer und einer Einkommensteuer mindestens sehr zweifelhaft erscheint.

Die von den Steuerprojekten schwer bedrohten Industriellen und Arbeiter fahren fort, in Resolutionen dem Reichstage die Ungerechtigkeit und Verwerflichkeit der beabsichtigten neuen Belastungen darzulegen. Einen besonderen Eifer in dieser

Richtung entwickeln nach wie vor die Tabakarbeiter. Ihre Zentralkommission erläßt an die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands einen energischen Aufruf zum lauffähigen Unterhalt in der Abwehr der dem Tabak zugedachten neuen Belastung, den wir heute an der Spitze dieses Blattes bringen.

Die Slaven der Tschech, die Bergarbeiter, haben auf ihrem in Berlin abgehaltenen allgemeinen Kongress auf neue dem Beweis geliefert, daß sie fest entschlossen sind, für ihre berechtigten Interessen gegenüber dem Grubenrentenamt mit aller Energie bis zum äußersten zu kämpfen. Es war auf diesem Kongress die erdrückende Mehrheit der organisierten deutschen Bergarbeiter vertreten. Nur die „christlichen“ Organisationen hatten sich, wie wir schon früher mitgeteilt haben, von der so sehr wichtigen und notwendigen Vertretung ausgeschlossen, d. h.: die Leiter der „Christlichen“ haben die Beteiligung hintertrieben; die Masse der christlichen Bergarbeiter dürfte dem Kongress ihre Sympathien nicht verweigert haben. Die Reichsregierung, die preussische Regierung, sowie die Regierungen aller anderen Bundesstaaten hatten es wieder einmal vorgezogen, der Einladung, sich auf einem Arbeiterkongress vertreten zu lassen, nicht zu entsprechen. Und dabei fordert man von den Arbeitern Vertrauen zu den Herren vom Reichamt! Außer Mitgliedern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtages waren die ortsüblichen Fraktionen durch eine Reihe Abgeordnete vertreten.

Unmittelbaren Anlaß zu dem Kongress gab bekanntlich das Unglück auf der Zeche Blodow, für das das Untereigentum und gutenteils auch die Regierung verantwortlich ist. Die dreitägigen Verhandlungen drehten sich hauptsächlich um die großen und wichtigen Fragen des Bergarbeiterchutzes. Sehr gründlich wurden diese Fragen erörtert. Sie im Bergbau bestehenden geradezu furchtbaren Mißstände, die zu einer unzureichenden Vermittlung von Arbeitern und Gesundheit führen, wurden gebührend scharf kritisiert. In dem einen einzigen Jahre 1907 ereigneten auf den deutschen Bergbau allein 92455 Unfälle, das sind 14 pZt. der gesamten Unfälle im Deutschen Reich. Nicht weniger als 1743 Vergleite wurden tödlich beendet. Zu einstuftigen angenehmen Resolutionen fordert der Kongress eine einheitliche reichsgerichtliche Regelung der Bergwerksverhältnisse unter Einbeziehung von Arbeitern zur Kontrolle der Gruben. Das sind furchtbare Stellen der schwarzen Listen, denn letzter 5000 Bergarbeiter zum Opfer gefallen sind, wurde scharf beleuchtet und beurteilt. Ueber die Verhandlungen gibt die „Inhaltsversteher, Berliner Volkszeitung“ folgendes drastische Urteil ab:

„Die Tatsachen, die auf dem Bergarbeiterkongress zutage gefördert worden sind in diesen Tagen, sind geeignet, auch dem ruhigsten und besonnensten Menschen die Schauröte ins Gesicht zu treiben. Wir fragen kein Bedenken, zu erklären: Das, was dort von den schändlichen Tritten mancher Grubenverwaltungen mitgeteilt worden ist, das ist ein Schandstück am kulturellen des Deutschen Reichs. Ganz gleich, welcher Partei man angehört, in der Beurteilung des jeder Menschlichkeit und jedes Schamgefühls baren Verhaltens mancher Grubenverwaltungen gegenüber den Bergarbeitern müssen sich alle Menschen einig sein, die in dem Arbeiter mehr als ein Stück Vieh sehen, als das er von manchen Grubenbaronen angesehen zu werden scheint. Wer noch nicht Brut gehabt hat, untrüben ausführlichen Bericht über die gefürchte Verhandlung des Bergarbeiterkongresses im heutigen Morgenblatt zu lesen, der nehme ihn nachdrücklich zur Hand, und er wird uns zustimmen: Es ist eine unerhörte Schmach, daß solche Zustände in Deutschland möglich sind.“

Wir glauben überzeugt sein zu dürfen, daß die Verhandlungen des Kongresses den Bergarbeitern das Interesse und die Sympathien der weichen Kreise des deutschen Volkes gewonnen haben. Jeder denkfähige, human fühlende und strebsame Mensch, welcher Klasse er auch angehören möge, kann nicht anders, als sich auf die Seite der Bergarbeiterskavente zu stellen, das auch neue in wahrhaft überwältigender Weise den Unzufriedenheit bekannt hat, den Kampf für keine von einem gewöhnlichen Unternehmern schwächlich bergewaltigen Menschenrechte bis zum letzten Ende durchzuführen. In diesem Kampfe rufen auch wir den Bergarbeitern wiederum, wie schon so oft, ein herabdes „Gind auf!“ zu!

Die Hauptergebnisse der Berufs-zählung vom 12. Juni 1907 in Preußen lassen erkennen, daß einer Zunahme der Bevölkerung von über 20 pZt. seit 1895 ein Rückgang der Selbständigen in der Industrie und Landwirtschaft gegenübersteht. Für das Baugewerbe kommen folgende Zahlen in Betracht: Die Zahl der Selbständigen stieg von 108 829 im Jahre 1895 auf 119 141 im Jahre 1907, das ist eine Zunahme von 9,47 pZt. In demselben Zeitraum stieg die Zahl der Arbeiter, Gehilfen und des Hilfsdienstpersonals von 79 095 auf 1 41 805, das ist eine Zunahme von 53,4 pZt. Vergleiche führt deutlich vor Augen, daß noch eine sehr große Zahl von baugewerblichen Arbeitern für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen ist und gewonnen werden muß.

Die ersten Tage im Februar brachten noch reichlichen Schneefällen plötzlich Lawentz und Regen. Infolgedessen schwellen die Wasserläufe derart an, daß es in vielen Gegenden zu Hochwasserkatastrophen kam. Im Vorg und in Thüringen, an der Ruhr und im sibirigen Weitalen, in Bayern und in einigen Teilen Sachsens und Schlesiens hat das Wasser große Verwüstungen angerichtet. Gindliche hat das Hochwasser keine größeren Opfer an Menschenleben gefordert, dagegen ist der materielle Schaden bedeutend. Für die zerstörten Häuser, Brücken usw. wird das Baugewerbe schon Ertrag schaffen; Zeit und Kräfte hat es nicht, als dazu nötig sind.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hannstädte:

Hamburg (Sperrungen bestehen über die Ofenarbeiten der Steetiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grasbrook und auf der Vulkanwerk, Schornsteinbaufirma Diedrich);

Schleswig-Holstein:
Rendsburg (Sperrungen über die Karlahütte und das Kokswork in Aundorf), Husum (Sperrung über A. Borzinski);

Mecklenburg:
Sülze (Sperrung über Holdorf);

Brandenburg:
Hennickendorf (Sperrung über Buchholz);

Pommern:
Traplow a. d. Rega (Sperrung über Paul Wittke), Bergen a. R. (Sperrung über Rudolf Wahl in Binz);

Königgr. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Brandvorkwerkstrasse), Mülsen (Sperrungen über E. Meier in Ortmansdorf und F. Döhn in Mülsen-St. Nikolaus), Frankenberg (Sperrung über Winkler, Bautzen (Sperrung über Thomas);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Merseburg (Sperrung über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissfels (Sperrung über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperrung über Ifland in Passendorf), Aken (Sperrung über Karl Kartäuser);

Thüringen:
Allstadt (Sperrung über die Zuckerfabrik), Ronneburg (Sperrung über Kretschmar), Arnstadt (Sperrung über O. Gressler);

Hannover-Oldenburg:
Misburg (Sperrung über die Zementfabrik „Germania“), Osterholz-Ritterhude (Sperrung über Bahnbauten, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), Nordenham (Sperrung über die Bauten des Metallwerks);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Sperrung über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), Oeynhausen (Sperrung über das Eisenwerk „Wasserhütte“);

Elsass-Lothringen:
Strassburg (Sperrung über Schütterle).

Fliesenleger:
Mülheim-Ruhr (Sperrung über Möhlenbruck & Mathies), Cöln und Düsseldorf (Sperrung über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn).

Isolierer und Steinholzleger:
Leipzig (Sperrung über die Firma Friedrich Wilhelm Krause, Moltkestr. 23), Cöln (Sperrung über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrung über Ziegeler & Fritsche), Hamburg (Aussperrung).

Oesterreich:
Karlsbad.

Gau Bremen.

Auf den gesperrten Metallwerken Unterweser in Nordenham hatten kürzlich halb die Streikbrecher gestreift. Sie rühten dem Direktor auf die Hand und verlangten eine Lohnerhöhung von 45 auf 50 pZt. Der Direktor hätte sie erst einmal wieder an die Arbeit und logte, sie sollten eine Kommission bilden. Das taten die Streikbrecher denn auch. Als der Direktor indes sah, um was es sich handelte, meinte er ganz trocken: Wenn wir mehr Lohn zahlen wollen, dann können wir uns nur an den Zentralverband der Maurer wenden, dann brauchen wir keine Streikbrecher. Die Forderung wurde abgelehnt und die Streikbrecher gingen wieder an ihre Arbeit. Einwilligen sollten sie noch weiter; vielleicht laut die Frühlingssonne daß bei ihnen eingetretene Ergehnisse wieder auf.

Gau Danzig.

Aus Bromberg wird uns berichtet, daß die Unternehmer Jagermann, Mole und Grabarski Lohnreduktionen von 2 pZt pro Stunde vorgekommen haben; aufhört 47 pZt wurden nur 45 pZt gezahlt, trotzdem die drei genannten Herren ganz genau wissen, daß im Tarifvertrag der Lohn vom 1. Januar 1909 auf 47 pZt festgelegt ist. Als die Lohnkommission deshalb vorbestellt wurde, erklärten Jagermann und Grabarski, daß sie bei dieser Minderung nicht mehr zahlen könnten, sie würden lieber die Arbeit einstellen. Von dem Vorstand des Unternehmensverbandes sind auf Grund unserer Verdärbe die Herren Jagermann und Grabarski auf den Tarifvertrag hingewiesen und aufgefordert worden, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Das hat Grabarski dann auch getan. Bei Jagermann ist es noch nicht entschieden. Wo ist laut Mitteilung des Vorstandes des Unternehmensverbandes mit dem Jahresabschluss 1908 aus dem Verbands ausgetreten, auch ist bei M. inzwischen die Arbeit fertiggestellt worden. Im Frühjahr werden wir uns weiter und recht ernsthaft mit Mole zu beschäftigen haben.

Gau Hannover.

Vom Zweigverein Kisseubüchel wird über einen wahren Musterunternehmer berichtet. Dabel heißt die Ehle, der mit dem Titel Streikmaurermeister in der Welt herumstreift. Mühsig Arbeit beschäftigt 12 Gesellen, die leider zum größten Teil noch ohne Geld sind; denn organisiert sind nur zwei von ihnen. Darum läßt es sich erklären, daß sie damit zufrieden waren, als Dabel ihnen eine Woche vor Weihnachten den Lohn um 3 pZt pro Stunde kürzte. Auch die beiden organisierten Kollegen mußten, wenn sie ihre Arbeit nicht verlieren wollten, damit einverstanden sein. Als Dabel merkte, was sich seine Gesellen denken ließen, ging er noch weiter. Am 28. Januar ließ er den Gesellen sagen, wer nicht einwilligen auslegen wollte, der müsse am 29. um 10 Uhr arbeiten. Die Maurer taten wirklich auch dies noch und haben einen Tag Gemeintrauern an, ohne nicht arbeitslos zu werden. Man mag über die Kollegen denken wie man will; allerdings wie sie waren, weil sie keiner Organisation angehören, blieb ihnen vielleicht nichts anderes übrig, als dem prellenden Streikmaurermeister zu willigen zu sein. Vielleicht hätten sie noch etwas anderes getan. Aber was soll man zu einem solchen Unternehmer sagen? Wahrscheinlich die schneidende hähne des Mittelalters, die an den Gertruden- und Reichenbach-Straße aufstiegen, waren braver Leute als dieser „ehbare“

Handwerksmeister, der die Armut seiner Arbeiter benutzte, um von ihnen Vermögensvorrechte zu erpressen. Es wird sich vielleicht kein Staatsanwalt finden, der ihn wegen Erpressung oder Mordes beim Kaufmann nimmt, aber verdient hätte er es eher als die meisten, die wegen solcher Meute hinter den Gefängnismauern sitzen. Dabel wird dieser Mord aber sicher als ein respektabler Ehrenmann auftreten, und wenn ihn jemand einen Lump hieße, würde er sicher sehr erboht sein. Hoffentlich haben seine Strafen die Wirkung, den unmoralisierenden Maurern in dieser Gegend die Augen zu öffnen, ihnen den Weg zur Organisation zu weisen.

Gau Nürnberg.

Die Unternehmer in Mitterteich leisteten im letzten Herbst einlagen unserer Vorstandsmitglieder mit, daß wenn die Maurer die Pflicht hätten, im Jahre 1909 einen höheren Lohn zu fordern, dies ihnen rechtzeitig bekannt gegeben werden müßte, damit sie sich bei Übernahme von Arbeiten darauf vorbereiten könnten. Unsere Kollegen glaubten den schönen Worten ihrer Unternehmer und stellten bereits am 6. Januar ihre Forderung auf - 40 A Lohn pro Stunde am Orte und 42 A für auswärtige Arbeiten - ohne den Gauvorstand davon in Kenntnis zu setzen, da sie des guten Glaubens waren, sie dürften nach den Worten der Unternehmer nur ihre Forderung stellen und könnten dann dem Gauvorstand den Sieg verfechten. Es kam aber anders, als unsere Kollegen dachten. Am 18. Januar leisteten die Unternehmer unseren Kollegen mit, daß die Maurer, wie das zur Vertiefung fester Holz im Walde, in vier Klassen geteilt werden, und zwar so, daß die erste Klasse 36 A, die zweite 34 A, die dritte 32 A und die vierte 30 A pro Stunde wert sei. Ferner soll jeder Maurer, wenn er eine halbe Stunde zu spät zur Arbeit kommt, mit einem Stundenlohn Abzug bestraft werden. Abmachungen soll mit A. 3 befristet werden und verglichen mehr. Und ferner soll kein Maurer, wenn er bei einem Untern nicht entlassen wird, bei einem andern Meister in Arbeit genommen werden. Dabel haben die Unternehmer versprochen, zu sagen, ob dies für ganz Europa oder nur für Mitterteich gelten soll. Eine Unterabteilung leiteten die Unternehmer ab und damit sind unsere Kollegen von dem Glauben an das gute Herz ihrer Unternehmer tueret.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Stierbegeld darf laut Statut nur auf Anwendung des Verbandesvorstandes ausgegahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu übergeben: a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbendeckel.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung auszusahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 1. bis 6. Februar für folgende Mitglieder erteilt:

- Hans Petersen-Hamburg, Verb.-Nr. 28-334; Georg Hertwig-Gummersdorf (Frau), 3-7 180; Herm. Humme-Berlin (Frau), 1-288; Karl Heinrich-Berlin (Frau), 374 964; C. H. Jungmanns-Dresden (Frau), 19 238; R. Fr. Scheffer-Dresden (Frau), 498 106; Herm. Zimmermann-Billau, 882 830; Gustav Koch-Braunschweig (Frau), 13 132; Otto Gliemann-Brannenburg (Frau), 12 805; Frz. Kugler-Breslau, 16 988; Frz. Brunnmann-Frankfurt a. M., 272 352; Valbalar Bongras-München, 88 666; Albert Kotte-Braunschweig, 13 127; Nicol. West-Essen, 187 860; Joh. Meteorbois-Megensburg (Frau), 3-5 806; Albert West-Stargard 1. Bomm., 170 078; Karl König-Diehlburg (Frau), 55 685; Herm. Brannmann-Wagdeburg, 41 838; Bruno Siegel-Schmidtl (Frau) 125 991; Herm. Richter-Dresden (Frau), 232 348; Gm. Mld. Müller-Dresden, 254 884; Aug. Freyde-Wittenberg, 66 209; Frz. Schuler-Mendamb, 89 455; August Wilner-Görlitz, 364 779; Paul Traumann-Wilgen, 17 005; Joh. Kallter-Nürnberg (Frau), 351 932; Konrad Glogobach-Schwelgen (Frau), 194 028; Karl Jörg-St. Johann, 280 841; Friedr. Weidhorn-Leipzig (Frau), 36 312; Carl Dickmann-Holzminde, 244 248.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer J. Köfer, Hamburg 1, Wendenbinderhof 56, zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, wofür das Geld bestimmt ist.

In der Zeit vom 1. bis 8. Februar 1909 sind folgende Beiträge eingegangen:

- a) Für Beiträge und Eintrittsgelder. Apolda A. 224,48, Antonienhütte 48, Reuswalde 188,26, Berlin 19872,51, Wahren-Görlitz 25,50, Großeln 2,70, Cassel 4261,72, Erdoborn 240,12, Ebdulsdorf 58,96, Frankenberg i. S. 21,84, Jallenstein i. B. 100, Jünnenwade 47,75, Giebers 783,63, Göttingen 835,18, Götting 118,80, Großhadersdorf 53,32, Herold-Genmitsendorf (v. Streckenunterstützung zurückgehandelt) 27,37, Krieden 10,66, Königsberg i. d. Mark 50, Nürnberg 3,90, Mühlheim-Oberrhein 521,87, Mustar 214,5, Naunheim 311,51, München 4242,60, Neuland i. Schl. 50,74, Neuwede i. Schl. 24,04, Naviß 26,47, Seinau 89,72, Straßburg i. d. L. 62,40, Strichen 9,28, Trebnitz 2,74, Wingen a. d. Aller 21,85, Wollin i. Sach. 86,32, Waldenburg i. Sach. 169,08, Wilschhausen 9,50.
- b) Für Kassen. Cassel A. 12,50, Götting 35, Göttingen 35, Götting 7,50, Göttingen b. Magdeb. 2,50, Mustar 2,50, Naviß 1,50, Staßfurt 7,50, Waldenburg i. Sach. 4,50.
- c) Für Protokolle. Apolda A. 3, Birkenwerder 1, Cassel 42, Grabow 3, Göttingen 12, Götting 7, Götting 1, Mustar 6, München 200, Naviß 3, Naviß 1, Straßburg i. d. L. 1, Strichen 1, Waldenburg i. Sach. 3, Wingen a. d. Aller 3.
- d) Für Futterale. Apolda A. 4, Ebdulsdorf 6, Mustar 2,60.

4) Für „Arbeit und Kultur“. Götting A. 1,50. D) Für Anzeigen im „Grundstein“. Lübben A. 1,50, Wyt auf Jödr - 80.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Karl Bauer-Suitgart (Verb.-Nr. 300 771), Aug. Köpcke-Jerichow (79 215), Karl Benz-Karlzruhe (242 487), Karl Stallmann-St. Johann (488 561), Karl Konz-Cöln (118 002), Adolf Wed-Karlzruhe (242 089), S. H. v. Wehe-Bremen (371 984), Aug. Gieseler-Berlin (43 28), Joh. Kall-Stromach (-15 603), Joh. Kinas-Wittgen (42 482), Otto Siepelt-Thorn (256 858), Meinhold Hartig-Delitzsch (404 099), Joh. Arnold-Wilhelm-Eberhausen (77 470), Aug. Demow II-Wagdeburg (42 879), Valbalar Bh-Mainz (311 733), Joh. Richter-München (324 468), F. Blögger-Megensburg (366 127), Karl Kaiser-Solingen (277 120).

Ausgeschloffen sind auf Grund § 37 a des Statuts vom Zweigverein Leipzig: Gustav Weber (Verb.-Nr. 158 468); Brandenburg: Friedrich Jagelmann (261 518); Legefeld: Güter Rotenburg (323 067); Berlin (Hips- und Zementbranche): Wilhelm Wade (196 939), Fritz Engel (254 669), Wilhelm Hoffmann (-77), Hermann Wäß (10 158), Adalbert Louca (351 658), Franz Kändler (9558), Wilh. Spickermann (197 882), Anton Gidorz (197 292); G und S:feld: Richard Lischke (179 687).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschloffen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben. Berichtigung. Der in Nr. 6 des „Grundstein“ als vom Zweigverein G. G. m. r. i. b. ausgeschloffen bekanntgegebene Kollege heißt nicht Walter, sondern Walter. Der Vorstandsvorstand.

Bekanntmachung der Gauvorstände. Gau Nürnberg.

Am 28. März d. J., vormittags präzis 9 Uhr, findet unser diesjähriger Gaugang im Gewerkschaftshause, Neue Gasse 13, in Nürnberg statt.

Als vorläufige Tagesordnung setzen wir fest: 1. Berichte: a) des Vorstehenden, b) des stellvertretenden, c) der Revision, 2. Lohnbewegungen, 3. Agitation, 4. Anträge, soweit solche im vorstehenden Punkte nicht erledigt sind. 5. Wahl des Gauvorstandes sowie der Revisoren.

Resümiertes Bericht und Wahl der Delegierten zu den Gaugängen verweisen wir auf § 7 d des Verbandsstatuts, der besagt, daß zur Vertretung auf den Gaugängen alle Zweigvereine und Sektionen verpflichtet sind und daß die hierfür entstehenden Kosten aus den Lokalfassungen zu decken sind. Die Wahl der Delegierten hat in Mittalderbergsammlungen zu erfolgen. Jeder Zweigverein und jede Sektion hat mindestens einen Delegierten zu entsenden; beträgt die Mitgliederzahl 200, so kann ein zweiter Delegierter und für je weiteren 200 Mitglieder ein Delegierter mehr entsandt werden. Wir eruchen die Zweigvereinsvorstände, Versammlungen einzuberufen und die Wahl nach den statutarischen Bestimmungen vorzunehmen. Ohne ordnungsgemäße Mitgliedsbuch und Mandat hat kein Kollege als Delegierter Zutritt.

Der Gauvorstand. J. A.: Joh. Merkel, Breue Gasse 25/27.

Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbefehle und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Jahrgangens. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.

Artern. Am 31. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht zufolge hatte die Lokalfasse eine Einnahme von M. 763,75 und eine Ausgabe von M. 182,15; der Kassenbestand beträgt A. 581,60. Die Revisoren bestätigten die Richtigkeit der Kassenführung. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Schäfer als erster Vorsitzender wiedergewählt; Kollege Widel wurde als erster Kassierer neu gewählt. Ferner wurde beschloffen, am 18. Februar einen Familienabend im Verbandshotel abzuhalten. Sehr traurig ist es, daß die Kollegen die Versammlungen so selten besuchen; die Kollegen werden aufgefordert, zahlreicher in den Versammlungen zu erscheinen.

Bergen a. Nigen. Eine am 31. Januar trotz des schlechten Wetters sehr gut besuchte Mitgliedsversammlung beschloffen sich in erster Linie mit dem Unternehmer A. u. d. S. W. a. h. l., der einem Maurer, dem Kollegen Theel, nur 45 s Stundenlohn zahlte, während der Tariflohn 60 s beträgt. Die Zweigvereinsleitung wollte die Sache in Frieden mit dem Unternehmer regeln, doch dieser versiecht sich völlig abzuwehren. Nachdem die vorige Mitgliedsversammlung bereits den Vorstand beauftragt hatte, alle Schritte zu einer Sperre des Baues einzuleiten, wenn sich Wabl nicht herbeiließe, den richtigen Stundenlohn zu zahlen, wurde nun am 25. Januar die Sperre verhängt, wodurch vier Kollegen arbeitslos wurden. In der heutigen Versammlung meldeten sich Kollegen; die noch Geld von dem vertrachten Unternehmer W. Wabl (Waser und Geschäftsführer des Rudolf Wabl) zu fordern haben. Dann wurde das leichsinnige Verhalten einiger Kollegen beim Unternehmer Wadenbof von der Versammlung scharf getadelte. Es hatten nämlich einige Kollegen mit dem zweiten Vorsitzenden des Vereins über die Innehaltung der tarifmäßigen Arbeitszeit biefutet und ihren Unmut darüber

Auft gemacht, daß K. F. e. l. e. r. Kollegen am Hafenbau in Sach-nig im vorigen Sommer elf Stunden gearbeitet haben. Bei der nachträglichen Besprechung dieses Falles hat nun Kollege Clemens gesagt, es kann ja ein jeder solange arbeiten, wie er will; er hätte aber hinzuzufügen sollen: wenn er deshalb ausgeschlossen wird, muß er sich das auch gefallen lassen. Einige Kollegen hatten dies Gespräch nun sofort so ausgelegt, daß auch sie länger arbeiten dürften, und täglich eine halbe Stunde die Arbeitszeit überschritten. Die Versammlung beschloß, daß sich alle Kollegen streng an die im Tarif festgesetzte Arbeitszeit zu halten haben. Dann hatte der Jahresbericht des Zweigvereins Stralfund (Nr. 4 des „Grundstein“) einige Aufregung unter unseren Kollegen angerichtet. Verschiedene Redner erklärten die Straffunder Kollegen für weit größere Schlafmühen, als wir es ihrer Meinung nach sein sollten. Daß wir uns anfangs weigerten, den Beitrag für das Straffunder Gewerkschaftshaus zu zahlen, war verzeihlich; zumal da die Straffunder Kollegen zu dem hiesigen Baufonds niemals zahlten, wenn sie auf Nigen arbeiteten. Noch manches andre wurde der Straffunder Kollegenhaftung zur Last gelegt. Der Vorstehende schmit die weitere Erörterung dieses Streitiges ab und bemerke, daß es nicht zu unserer Aufgabe gehöre, über einen andren Verein zu Gericht zu sitzen. Wenn Straffunder Kollegen unseren Baufonds öfter befristeln, so können wir doch stolz darauf sein; es sind jetzt über A. 1300 zusammen, die fast ausnahmslos von Nigenischen Kollegen aufgebracht sind. Jedenfalls ist es besser, in der Zeit zu sparen, als erst dann anzufangen, wenn man auf die Strahe gestet ist. Es wurde dann die Vermutung der Wiltstiel, die durch die neuen Bücher auf 140 Bände angewachsen ist, den Kollegen warm empfohlen; ferner wurden die Kollegen ermahnt, immer gabelnd die Versammlungen zu besuchen, damit jeder orientiert ist über die Beschloffe und Aufgaben der Organisation und somit auch weiß, wie er sich zu verhalten hat.

Bugteude. Am 26. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Nach der Jahresabrechnung hatte die Lokalfasse eine Einnahme von A. 211,86 und eine Ausgabe von A. 108,78. Der Bestand der Lokalfasse beträgt A. 178,64, hiervon sind per Kant belegt A. 133,74. Die Mitgliedsbeiträge betrug am Schlusse des Jahres 18; neu eingetreten sind im Laufe des Jahres drei Kollegen, hiervon ein Kollege zum zweiten Male. 14 Kollegen hatten ihre Beitragspflichten erfüllt; vier waren eine bis neun Wochen rückständig. Angemeldet haben sich im Laufe des Jahres 26, abgemeldet 17 Kollegen. Es haben zwölf Mitglieder-Versammlungen, eine öffentliche Versammlung und vier Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Revisoren prüften die Kassenführung achtmal, der Zweigvereinsvorstand fünfmal. Bei der Vorstandswahl wurde der Kollege G. Meßnerung als erster Vorsitzender und der Kollege F. Weder als erster Kassierer wiedergewählt. Unter „Berichtigungen“ wurden drei Kollegen beauftragt, einen neuen Kohlenkart auszuarbeiten.

Cöln. Sonntag, den 31. Januar, fand unsere Jahresversammlung statt. Der Vorstehende gedachte zuerst der im verfloffenen Jahre verstorbenen 14 Kollegen. Zu Ehren derselben erhoben sich die Mitglieder von ihren Plätzen. Es wurde zuerst eine Aenderung des Ortsstatuts betreffs der Urwahlen von besolbenden Kollegen vorgenommen, sowie das Recht des Vorstandes über finanzielle Ausgaben festgelegt. In Anbetracht, daß der Jahres- und Kassenbericht gedruckt vorliegt, und den Mitgliedern acht Tage vor der Versammlung ausgehändigt worden ist, wird auf einen mündlichen Bericht verzichtet. Im übrigen verweisen wir auf den Bericht in der Nummer 47 1908 des „Grundstein“, welcher ausschließlich die Situation im ersten halben Jahre des Kölner Zweigvereins schildert. Auch im zweiten Halbjahr ist nichts günstiges in dieser Hinsicht zu berichten. Im dritten Quartal stellte sich die Zahl der errichteten Erdarbeiten auf 200 (1907 = 283, 1908 = 298) oder 29 bezw. 33 pzt. weniger, der Wohnhäuser auf 88 (213,209) oder 60 bezw. 68 pzt. Leider liegen uns über das vierte Quartal noch keine bestimmten Zahlen, vom statistischen Amte vor, aber wir können bestimnt sagen, daß der Absatz noch gewaltiger als im dritten Quartal war, so daß die Arbeitslosigkeit unter unseren Kollegen rapid zunahm. Die Wahl der beiden freigestellten Kollegen muß laut Ortsstatut acht Tage nach der Generalversammlung im ganzen Zweigvereinsgebiet durch Urwahl stattfinden. Die Einnahme der Hauptkasse betrug A. 50 109,30, die der Lokalfasse A. 22 380,10. Die Ausgabe der Lokalfasse betrug A. 17 683,51; Kassenbestand A. 4752,89.

Quitzburg. (Jahresbericht.) Im Anfang des Jahres war die Bauwirtschaft gut. Wer aber diesen Zustand für dauernd hielt, und ferner glaubte, nach Ablauf des Vertrages, der ein isolater war, dieses Jahr einen den Verhältnissen entsprechenden Lohn zu erlangen, der irrete; beides traf nicht zu. Der hiesige Arbeitgeberverband schloß sich dem Rheinisch-Westfälischen Bund an und besolgte dessen Taktik. Das Zurückgeben der Konjunktur, das von vielen Kollegen als künstliches Zurückhalten der Arbeit von den Unternehmern betrachtet wurde, nahm allgemein zu, und es ist laut Bericht des städtischen statistischen Amtes auch für die fernere Zeit keine Besserung zu erwarten. Wenn auch die einheimischen Kollegen meistens in Arbeit waren, so war doch der übliche Bezug gegen früher bedeutend geringer. Daß hierunter die Organisation leiden mußte, ist bekannt. Die Mitgliedsbeiträge ist von durchschnittlich 484 auf 372 zurückgegangen, trotz 136 Neuaufnahmen und sechs Abtritte. Demgegenüber kann festgestellt werden, daß der Marktwert auf 33,7 pro pzt. gestiegen und Zahl auf 40,7 gestiegen ist. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von A. 5350,88 und A. 3305,53 Ausgabe; Kassenbestand A. 1964,35. A. 227,90 mehr gegen 1907. Was die Vertragsbestimmungen anbetrifft, so werden sie im Gegenfall zum Sommer im Winter wenig oder gar nicht innegehalten. Im Vertragsgebiet Frieremserheim, Zahlstelle des Zweigvereins, herrscht trotz Vertrag keine Anarchie. Dort sollten laut Vertrag ab 1. März L 3 gezahlt werden. Unsere Vermählungen im Vorstand waren vergeblich. Auf der einen Seite erklärten die Herren, die schlechten Zeiten lassen es nicht zu, und dann sagte man Vertreten, der Unterzeichner des Vertrages, hatte von uns keinen Auftrag. Aber das schloß bei der Geschichte ist, daß wir ein Schreiben erhielten, das also lautete:

Ich kündige hiermit den mit Ihnen am 20. Mai 1907 durch Vermittlung des Herrn Bürgermeisters ...

Also ein Vertrag, den man nicht achtete, kündigt man. Ja, man geht noch weiter. Ein Unternehmer kürzte auch den Lohn ...

Gottesberg i. Schl. Umste für den 24. Januar geplante Mitgliederversammlung konnte nicht abgehalten werden ...

Graubenz. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 mit seiner schrecklichen Wirtschaftskrise ist auch an unsem Zwi- gerein nicht spurlos vorübergegangen ...

Den Feinden zum Trug, Den Freunden zum Schutz! ...

Ausgabe für die Hauptkasse betrug M 5638,95. Der Marken- verlauf gestaltete sich wie folgt: Eintrittsmarken ...

Sagen i. W. Am 31. Januar tagte unsere General- versammlung, zu der auch die Vorstände der Zahlstellen ...

Silbesheim. (Jahresbericht.) Das Berichtsjahr stand in außerordentlich hohem Maße unter der Wirkung der Depression ...

Zehoe. Der hiesige Zweigverein hielt am 2. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab ...

nisse des Jahres Revue passieren, vor allem hab. er das Vor- gehen der Unternehmer bei der diesjährigen Tarifverhandlungen ...

Karlruhe. (Jahresbericht.) Das Jahr 1908 war für unsere Kollegen in bezug auf Arbeitslosigkeit ein sehr schlechtes ...

Das unter diesen Verhältnissen die Mitgliederzahl un- seres Zweigvereins zurückgehen mußte, ist begrifflich. Daß wir aber nur 1503 Mitglieder gegen 2247 am Schlusse des Jahres 1907 ...

Neuaufgenommen im Zweigverein wurden 297 Kollegen, darunter 20 zum wiederholten Male; abgetreten sind 283 und ausgetreten 102 ...

Ueber die Durchführung unserer Tarifverträge in den verschiedenen Lohnbezirken können wir berichten, daß hier sowohl von den Unternehmern wie auch von unseren Kollegen ...

Bruchsal, den 31. Dezember 1908. Da der Geschäftsjahr im Laufe dieses Jahres ein sehr geringer war und auch für das nächste Jahr noch ...

Arbeitsnehmer, und zwar dahin, daß wir den Stundenlohn für das Jahr 1908 nicht mit 60 % bezahlten können, sondern je nach den Arbeitsverhältnissen.

Dieses zur gefälligen Kenntnisnahme.
Im Auftrage der Bauunternehmer Bruchsal:
Gustav Weismann, Maurermeister.

Daß die Unternehmer zu dieser Kündigung kein Recht haben, ist ihnen am 8. Januar d. J. in einem ausführlich begründeten Schreiben mitgeteilt worden. Bis heute haben die Herren weder eine Antwort gegeben, noch die Kündigung zurückgezogen. Daß sie es aber überhaupt wagten konnten, diese Kriegserklärung abzugeben, haben sich die Kollegen des Bruchsaler Bezirks durch ihre Interesslosigkeit selbst auszuweisen.

In Karlsruhe selbst können wir konstatieren, daß durch das rasche Eingreifen des Vorstehenden des Baugewerksverbandes, Herrn Treier, alle Differenzen ohne Schlichtungsausschuss auf unserer Zufriedenheit geregelt worden sind. Einen neuen Vertrag haben wir in Vergessenheit abgeschrieben. In gegenwärtigen Streitigkeiten wurde vielen Kollegen Beistand gewährt, das gleiche trifft auch auf Fragen der Arbeiterverbrüderung zu. Unser Hauptaugenmerk mußten wir in Hinsicht auf die schlechte Arbeitslosigkeit im Berichtsjahr der Beschäftigung einzelner Arbeiter an Staatsbauten zuwenden. Näheres darüber ist in eingehender Weise in Nr. 49 des „Grundstein“ von 1908 zu finden. Ueber die Durchführung des Bauarbeiterschutzes mühen wir mit den Behörden manchen Strauß auszufechten.

Wir haben wohl Schutzbestimmungen für Baden, aber diese helfen leider zum großen Teil nur auf dem Papier, und ohne die Arbeiterorganisationen würden sie gar keine Geltung haben. Es ist geradezu als ein Verbrechen gegen das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu betrachten, daß man von Seiten der zuständigen Behörden bis heute es unterlassen hat, überall eine durchgreifende Baukontrolle einzuführen; von der Bestellung von Bautiontreuherren aus Arbeiterkreisen wollen die Behörden nichts wissen; im Gegenteil, man versucht immer und immer wieder, den Arbeitervereitern Knippsel zwischen die Beine zu werfen, wenn sie sich erlauben, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung zu tragen. Dafür seien nur zwei Fälle angeführt. In einem Falle wurde Kollege Philipp von den Arbeitern an eine Kaufstelle wegen verschiedener Mängel gerufen. Trotzdem die Mängel in reichlichem Maße vorhanden waren und es sich um einen Staatsbau handelte, stellte der Unternehmer Strafandrohung gegen Philipp wegen „Hausfriedensbruchs“, weil er in einer Baubühne war. Der Erfolg war eine Schöffengerichtsverhandlung mit dem Resultat, daß der Angeklagte, welcher „hinreichend bedächtig erscheint“, zu 10 Geldstrafe verurteilt wurde. Ein weiterer Fall: Am 20. August 1908 führte in Ettlingen eine Gießwaage ein (siehe Nr. 35 des „Grundstein“), wobei elf Kollegen zum Teil sehr schwere Verletzungen erlitten; ein Kollege ist zwei Tage später gestorben. Jeder der von derartigen Dingen auch nur ein klein wenig versteht, war davon überzeugt, daß dieser Bauverstoß in der Hauptfrage der mangelhaften Kontrolle in Ettlingen zu zuschreiben sei. In diesem Sinne schrieb Kollege Philipp der persönlich im Monat Juli über die vorhandenen Mängel beim Oberamtmann Dr. Hal in Ettlingen Beschwerde, eine Abhandlung über die Ursachen dieses Baumangels im „Vollstreuer“ und bezog sich direkt die Behörden als die Hauptschuldigen an diesem Unglück, weil sie trotz Beschwerde es nicht für notwendig gehalten hätten, einen Bauarbeiter einzusehen, der auch fähig wäre, in jeder Beziehung über das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter zu wachen. Anstatt daß die Behörden nun das Beste nachhaken sollte, stellte der Herr Oberamtmann Dr. Hal in Ettlingen gegen Philipp bei der Großherzoglich Badischen Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Beleidigung. Lange genug hat es zwar gedauert, bis sich Dr. Hal zu letzterem entschließen konnte; denn am 26. August 1908 erschien der fragliche Artikel, und am 28. November wurde Strafantrag gestellt. Stundenlange Verhöre fanden beim Staatsanwalt und beim Untersuchungsrichter statt; was weiter geschah, ob die Anklage aufrecht erhalten wird, das wissen wir heute noch nicht. Jedenfalls aber beweist uns das Vorgehen der Behörden, daß man dort überhaupt kein Verständnis für die Durchführung der Bestimmungen über Bauarbeiterchutz hat. Hoffentlich gelingt es dem Einfluß der Organisation, daß es in dieser Beziehung im Interesse der gesamten Bauarbeiter bald eine Wendung zum Besseren gibt. Im allgemeinen können wir sagen, daß das Jahr 1908 ein äußerst arbeitsreiches für die Organisationsleitung war. Die Erfolge der Arbeit sind mit Ausnahme der Regelung der Frage über die Beschäftigung der einheimischen Arbeiter an Staatsbauten nur minimal. Ob es im laufenden Jahre besser wird, ist noch nicht zu übersehen. Jedenfalls haben aber die Kollegen selbst alle Ursache, Hand in Hand mit uns dafür zu sorgen, daß es trotz aller Widerwärtigkeiten vorwärts geht im Zweigverein Karlsruhe; die Schlappheit, die uns das Krisenjahr 1908 beigebracht hat, muß durch ernste Opferwilligkeit und durch energische Schaffensfreudigkeit bald wieder überwunden werden.

Kattowitz. Am 31. Januar tagte unsere mächtig besuchte Mitgliederversammlung. Zunächst gab Kollege Franke den Kasienbericht vom vierten Quartal. Die Wichtigkeit der Kasienführung bestätigte der Revisor, Kollege Rosoff. Anschließend hieran entpinn sich eine lebhafteste Aussprache über einige Revisionen, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Abdoman gab Kollege Nisch den Jahresbericht. Es fanden in diesem Jahre 8 Mitgliederversammlungen und 8 öffentliche Versammlungen, 17 Sitzungen und 9 Revisionen statt. Neu eingetreten sind 146 Kollegen, davon waren 49 schon einmal Mitglied. Zugeworfen sind 70, abgereist 30, gestorben 11 ein Mitglied. Gemeldet wurden 5 Kollegen. Die Lokalfasse hat eine Einnahme von 1530.89 und eine Ausgabe von 1410.01, der Bestand beträgt 1120.88. Die Hauptkasse hat eine Einnahme von 4005.50, abgezogen wurden davon 2856.20. Im Laufe des Jahres sind zwei Statistiken aufgenommen worden, die erste im Mai betreffs des Arbeiterlohnes auf Bauten. Von 38 Leuten und verschiedenen Reparaturbauten mit 578 Mauern, 233 Mädchen, 71 Lehrlingen und 80 Polieren waren nur vier Baustellen,

von denen man sagen konnte, daß alles in Ordnung war. Alle übrigen Baustellen wiesen große Mängel auf. Die zweite Statistik im August bezogte die Beschäftigung der Baustellen. Es ergab sich, daß verschiedene Kollegen über 40 1/2 Stundenlohn erhalten. Der Durchschnittslohn betrug 41 1/2 pro Stunde. Bei der Vorstandswahl wurden als Vorstehender Kollege Strinadel, als Kassierer Kollege Erzibilla gewählt. Kollege Nisch machte noch eine kurze Mitteilung über die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband und ermahnte die Kollegen, fest zusammenzuhalten, um den Widerstand der Unternehmer gegen unsere Forderungen zu befeitigen. Unter „Verschiedenes“ wurde dem Kranken Kollege Ebert eine Unterstützung von 5 gewährt. Nachdem die neugewählten Verwaltungsmitglieder ernannt worden waren, fand nach jeder Seite zu unterziehen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Königs. Am 31. Januar hielt unser Zweigverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten unsere Kollegen das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Franz Matheus durch Erheben von den Plätzen. Darauf verlas der Kassierer Jehnte die Jahresabrechnung, die für die Hauptkasse eine Einnahme von 2070.70 aufweist, wovon 1468.36 abgezogen wurden. An Sterbegeld wurde 55, an Krankenunterstützung 129.50 ausgezahlt. Extrabeiträge sind insgesamt 1080 1/2 30 3 entrichtet worden. Die Lokalfasse hatte bei einem Bestande von 96.86 eine Einnahme von 538, der eine Ausgabe von 420.46 gegenübersteht, der Bestand betrug also am Jahresschluß 117.54. Neuaufnahmen hatte der Zweigverein 73, davon entfielen sechs auf Kollegen, die schon einmal Mitglied waren: Der Vorstehende Franz Jenner bestätigte, daß bei den Kasienrevisionen Bücher, Karten und Geld in bester Ordnung vorgefunden worden sind; der Kassierer wurde entlassen. Das Jahr 1908 schien zuerst sehr gute Arbeitsverhältnisse zu bieten, viele zugewandte Kollegen fanden Beschäftigung; da aber weiter keine Bauten in Angriff genommen wurden, so machte sich schon im Monat Oktober eine ziemlich große Arbeitslosigkeit bemerkbar. Die Unternehmer haben den Tarif innegehalten, so daß wir im Berichtsjahre ohne Arbeitsniederlegung auskamen. Ein Lokal zur Abhaltung von Versammlungen stand uns drei Jahre nicht zur Verfügung. Infolge dessen haben die Versammlungen sehr mangelhaft stattgefunden, aber trotzdem steht die Organisation in Königs gut da. Wenn auch einige laue Kollegen darunter sind, die Mehrheit der Mitglieder vertritt die Verbandsinteressen energisch und mit Lust. Die Beitragszahlung ist glatt konstatieren gegangen, mit Ausnahme einiger Mitglieder, denen ihre Beiträge wegen der Arbeitslosigkeit gestundet werden mußten. Wögen im neuen Jahre der Zweigvereinsvorstand, die Kassierer und alle Mitglieder sich ihrer Pflicht stets bewußt sein. In der Vorstandswahl wurden Franz Jenner zum ersten Vorstehenden und Albert Jehnte zum ersten Kassierer wiedergewählt. Nach Verabschiedung des Jahresberichts referierte Kollege Matheus über die Gründung eines Gewerkschaftsartikels. Die Kollegen schlossen sich seinen Ausführungen an; als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Jenner und Jehnte gewählt. Der Beitrag wurde vorläufig auf 10 1/2 pro Mann und pro Quartal festgesetzt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Beitrag auf 45 1/2 zu erhöhen und monatlich eine Kolportagemärkte zu haben. Der Kollege August Dreßen aus Danzig referierte darauf über die Wirtschaftskrisis und erläuterte den Zweck der Arbeitslosenagitation. Mit einem kräftigen Appell an die Versammelten und einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands wurde die gutbesuchte Generalversammlung geschlossen.

Kronach. In der Generalversammlung am 17. Januar und in der am 31. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung traten die in unserer Organisation bestehenden Mängel recht scharf hervor. Den Mitgliedern fehlt die rechte Eingabe und das Interesse für die Organisation; die Versammlungen sind höchst besetzt, die wenigsten Kollegen haben Lust, einen Beiratskommissionen anzunehmen und zu berufen, und dabei sitzen Vertreter in den eigenen Reihen, die Ratgebern in die Versammlungen an die Unternehmer vertragen. In der Generalversammlung wählte man Kollegen in die Verwaltung, die nicht anwesend waren, aber als man ihnen das mitteilte, lehten sie die Köpfe ab. Es wurden dann in der Versammlung am 31. Januar andere Kollegen gewählt. Mit dieser Probe ist nun aber bedienbar was wir als Organisation von jenen Leuten zu hoffen haben. Gutes auf einen Fall. An die strebenden Mitglieder aber richten wir die Aufforderung, ihrerseits nun umso mehr für den Verband zu tun und sich nicht von den faulen Stunden antäuschen zu lassen. Es wird vielleicht die Zeit kommen, wo auch jene einsehen, wie sehr sie gegen ihre eigenen Interessen gefehlt haben. Wir aber, die wir heute schon wissen, was unsere Pflicht ist, wir wollen das dadurch betätigen, daß wir alle unsere Kräfte für die Organisation einsetzen.

Rangelsheim. (Zahresbericht.) Im verfloßenen Jahre hatten auch unsere Kollegen unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang zu leiden, was zur Folge hatte, daß sich eine Anzahl unserer Kollegen genötigt sah, ein Nomadenleben zu führen, um außerhalb unseres Gebietes ihr Leben zu fristen. Trotzdem müssen wir zugeben, daß unser Zweigverein in der Mitgliederzahl nur ein Minimum von einem Mitglied zu verzeichnen hat. Leider haben wir auf dem Gebiete des Versammlungsbesuchs noch ein großes Feld zu bebauen, und zwar ist es bedauerlich, daß die unverbereiteten Kollegen zu wenig Anteil an den Versammlungen nehmen. Wir haben die Fälle im vorigen Jahre gehabt, daß sich die Unternehmer die Zunge zwischen den Zähnen steckten, daß sie deshalb gerade den Kollegen ein Ansporn sein, die Versammlungen gut zu besuchen. Es ist nicht gut zu heißen, daß sich Kollegen damit entschuldigen, wegen persönlicher Streitigkeiten mit einzelnen Kollegen nicht in die Versammlungen zu gehen. Leider ist die Beitragszahlung im vorigen Jahre etwas zurückgeblieben (bei einigen Kollegen), was bei uns ganz fremd ist. Wir sind der Meinung, daß einzelne Kollegen schon drei Viertel für uns verloren sind, hoffen aber noch, daß dieselben bis zum 25. Februar ihrer Pflicht nachkommen. Die Gesamteinnahme betrug 1292. Am Orte verblieben 228.70

für Unterstüßungen. In der Lokalfasse ist folgendes Bild zu bezeichnen: Bestand von 1907 1/2 248.75, Einnahme im Jahre 1908 1/2 577.40, Summa 1/2 826.21; Ausgabe 1/2 583.57, Bestand 1/2 242.64. Wir möchten noch den Kollegen anheimgeben, alles aufzugeben, damit wir unsere Kollegen in der Umgegend, Dörfern, Dörfern, Predelem, organisieren, damit auch sie bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erhalten, was für uns sehr vorteilhaft wirken würde. Ferner ist zu bedauern, daß die bestellten Verbandsprotokolle nicht den nötigen Absatz finden. Es liegt doch im Interesse jedes Kollegen, sich ein solches zu beschaffen.

Lübtheim. Die am 31. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung war sehr stark besucht. Kollege Schwarz erstattete den Bericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern. Der Tarif, der seitens der Unternehmer gestündigt worden ist, somit nun dem in Kostof gefällten Schiedsspruch unterliegt, bringt sehr viele Verschlechterungen gegen den bisherigen Zustand. Der jetzige Lohn wird beibehalten, jedoch unterliegt er für ältere und Invalide sowie für Junggefellene der freien Vereinbarung. Die Unternehmer versicherten jedoch, für ältere Kollegen von dieser Bestimmung keinen Gebrauch zu machen. Ferner enthielt unser alter Tarif seit Jahren die Bestimmung, daß Affordarbeit verboten ist; nach dem neuen Tarif ist sie zulässig; die Affordlohnfrage unterliegt der freien Vereinbarung. Die Versammlung beschloß heute einstimmig, nicht in Afford zu arbeiten, zu überhandelnde Kollegen sollen ausgeschlossen werden. Verbesserungen bringt der neue Tarif hinsichtlich der Gehalt und der Landgebühre. Bei allen über drei Kilometer vom Wohnorte entfernten Arbeiten fällt die drei Kilometer übersteigende Gehalt in die Arbeitszeit. Bei Entfernungen von über 6 km, wo ausgelegt wird, wird eine Landgebühre von 2 1/2 pro Stunde bezahlt. Weiter wurde beschlossen, am Abend vor Ostern und Pfingsten um 4 Uhr Feierabend zu machen. Hierauf wurde der Tarif angenommen. Der Kasienbericht wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt, da der Kassierer, Kollege Lüneburg, an der Teilnahme an der Versammlung verhindert war. Kollege Schwarz erstattete einen sehr guten Bericht von der am 10. Januar in Hagenow abgehaltenen Bezirkskonferenz. Hierauf gab Kollege Brandt das Resultat der Arbeitslosenagitation bekannt. Am 30. Januar waren 89 Kollegen im Zweigverein vorhanden; davon arbeiteten 24 Kollegen, 36 Kollegen feierten wegen Arbeitsmangels, 22 Kollegen wegen Bitterungsverhältnisse, 7 Kollegen wegen Krankheit. Auf Antrag der Jnung sollten wir einen Gesellschaftsausflug wählen. Obwohl wir der Sache nicht viel Gewicht beilegen, wurden die Kollegen Nigmann, Stüber und Springborn in den Gesellschaftsausflug gewählt. Unser Vorstehender, Kollege Schwarz, dankte dafür, daß die Kollegen in den letzten Versammlungen fast vollständig erschienen waren. Die Kollegen unseres Zweigvereins sind alle am Arbeiterssekretariat beteiligt und Mitglieder der Partei. Nun wäre noch ein Wunsch zu erfüllen, daß nämlich die Kollegen mehr Interesse für die „Medienburgische Volkzeitung“ zeigen, da diese in Medienburg nur die einzige Zeitung ist, die auch für uns strebt und unsere Interessen vertritt. Im Anschluß an unsere Versammlung fand noch eine öffentliche Volksversammlung statt, wo Kollege Eittinger, Reichstagskandidat für den ersten medienburgischen Wahlkreis, referierte.

Mannheim. Die Versammlungen im verfloßenen Jahre litten unter der schlechten Konjunktur. Bis zum April war die Bautätigkeit gut, was sich aus der Auspersungspolitik der Unternehmung erklärt. In der Hauptfrage übte jedoch die Lohnbewegung eine gute Zugkraft aus und große, teils lebhafteste Versammlungen waren uns dabei beschieden. Nachdem die Auspersung durch die Vereinbarungen in Berlin bereitet worden war, stante die Konjunktur bedenklich ab; der Versammlungsbesuch blieb jedoch noch eine Weile gut. Gegen das Spätjahr zu ließ aber der Versammlungsbesuch viel zu wünschen übrig. Auch der Jahresgeneralversammlung am 31. Januar war sehr mäßig besucht. Der ziemlich umfangreiche, mündlich gegebene Jahresbericht wurde von einem Kollegen angelesen. Er glaubte, den Mitgliederbestand von 2011 am Schluß des vierten Quartals bezweifeln zu müssen; auch den Ausführungen über die Lohnbewegung konnte er sich nicht anschließen. Die weitere Diskussion schaffte auch diesem Kollegen Arbeit. Der Kasienbericht für die Lokalfasse weist bei einer Einnahme von 16 917.23 und einer Ausgabe von 16 371.45 einen Kasienbestand von 13 145.45 nach. Bei der Wahl des geschäftsführenden Ausschusses des Zweigvereins lehnte der Kollege Sauer eine Wiederwahl als bestellter Beamter ab. In der Begründung seines Nichttritts betonte Kollege Sauer, daß er an seiner früheren Erklärung festhalte, die er dem Zweigvereinsvorstande und der Generalversammlung am Schluß des Jahres 1907 nach seiner Kündigung vor 1 1/2 Jahren gegeben habe, auf seinem Posten bis zur Beendigung der Lohnbewegung zu verbleiben. Die Beschlüsse nach der Lohnbewegung und die einstimmige Wahl im Frühjahr 1908 hätten ihn veranlaßt, bis zum Jahreschluß auf seinem Posten zu bleiben; jetzt läge kein Hindernis mehr vor und so reide er heute seine Kündigung erneut ein. Die Versammlung nahm sie an. Zur Belegung des Postens wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die die Stelle des Lokalbeamten im „Grundstein“ auszufüllen hat. Sämtliche alten Vorstandsmitglieder wurden per Affirmation gegen drei Stimmen wiedergewählt. Zum Schluß wurden zwei Delegierte zur Bauarbeiterkongresskommission, die am 14. Februar in Karlsruhe stattfindet, gewählt.

Martrausküdt. Freitag, den 29. Januar, tagte unsere Generalversammlung. Der Jahresbericht wurde in kurzen Worten vom Vorstehenden, Richard Frenkel, und der Quartalsbericht vom Kassierer, Leopold Etingenlopf, den Kollegen vorgetragen. Aus dem Quartalsbericht entnahmen wir folgendes: Eingekretet sind 11 Mitglieder, zugeworfen 37, abgereist 31, ausgestreut 4, ausgeschlossen 1, zum Militär 4, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 4; Bestand des Zweigvereins 149 Mitglieder, 1 Ehrenmitglied. Abgehalten wurden im verfloßenen Jahre 11 Versammlungen, 14 Sitzungen, 9 Revisionen. Im Beitragsmarke wurden eingekretet: 3031 1/2 55 3, 23 1/2 50 3, Arbeitslosenmarken 210. Wir sehen, daß auch bei uns sich die Krise bemerkbar macht, in dem 142 Arbeitslosenmarken mehr als im Vorjahre verausgabte wurden. In Reiseunterstützung wurden 1/2 62,

Stautenunterstützung A 209 und **Sterbeunterstützung** A 132,50 ausgegahlt. Es verbleibt ein Bestand von A 719,10. Die Gesamteinnahme der Kassa betragt A 1339,22, Ausgabe A 539,42, Bestand A 849,90. Als erster Vorsitzender wurde Frenkel, als erster Kassierer Eigentopf gewählt. Ueber: „Larjangelegenheiten“ referierte Kollege Nach aus Leipzig ausführlich. Es wird die Verwaltung ermahnt, mit den Unternehmern nähere Schritte einzuleiten. Gemüthlich wurde der Flaschenbierhandel seitens der Polizei auf dem Bau. Ferner wird beschlossen, daß die Arbeitslosentafeln aus der Kassa für die Mitglieder gedeckt werden, die sich zweimal in der Woche gemeldet haben. Es wurde als erster Jahrtag der arbeitslosen Kollegen der 30. Januar angenommen.

Offenburg. (Jahresbericht.) Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt, die etwas besser hätte besucht sein dürfen. Den Jahresbericht erstattete Kollege Verl. Das Jahr 1908 war auch für uns Offenburg Kollegen recht unglücklich. Zu Anfang des Jahres war man der Meinung, Offenburg stehe in einer guten Konjunktur; aber kaum war das Frühjahr vergangen, so begann auch bei uns die schlechte Konjunktur, so daß im Sommer die fremden Kollegen alle abreißen mußten. Sogar die ansässigen Kollegen waren gezwungen, sich auswärts Arbeit zu suchen; manche Kollegen mußten sogar in anderen Bezirken Arbeit suchen. Mit der Krise ist aber auch die Baubest der Kollegen eingetreten. Die Kollegen waren der Meinung, wenn die Arbeit nicht gut geht, dann brauchen sie sich auch nicht mehr um die Organisation zu kümmern. Die Versammlungen wurden immer weniger besucht; der Vorstand war deshalb gezwungen, weil die meisten Kollegen auf dem Lande wohnen, in allen Orten, wo unsere Kollegen vertreten sind, Versammlungen abzuhalten, was teilweise Erfolg hatte. Als die Kollegen aber sahen, daß wir zu ihnen in die Orte kamen, glaubten sie, man brauche jetzt zu gar keiner gemeinsamen Versammlung mehr zu gehen, und es war deshalb sehr schwer, nur den kleinsten Beschluß zu fassen. Auch wurde einigen Kollegen der tarifliche Lohn nicht ausgegahlt, weil die Unternehmer wußten, daß die Kollegen sich nicht viel um die Organisation kümmern. Da einige Kollegen der Meinung waren, sie brauchen keine Organisation mehr, andre auch erheblich mit den Beiträgen im Rückstande waren, beschloß der Vorstand, im Monat November bei allen unseren Kollegen Wiederkontrolle abzuhalten und zugleich Hausagitation zu betreiben, was auch von Erfolg war. Einige Kollegen konnten dadurch wieder in die richtige Bahn geleitet werden. Mitgliederbereinungen fanden 13 statt, öffentliche eingelegte sind 59, davon waren früher einmal Mitglied 5, zugerechnet 1, zum Militär eingezogen 3, ausgeschieden 20, abgereist 88, ausgetreten 8, ausgeschieden 1, zum Militär eingezogen 4, wegen rückständiger Beiträge gestrichen 37, wegen rückständiger Extrabeiträge gestrichen 3 Kollegen; mit dem Beitrag im Rückstande waren 11 Mitglieder. Aus dem Massenbericht ist folgendes ersichtlich: Die Einnahme für die Kassa betrug A 1702,30, die Einnahme für die Kassa A 788,42, die Ausgabe A 614,06. Kassenbestand A 174,34. Bei der Neuwahl wurde als Vorsitzender Kollege Verl wieder gewählt. Das Amt als Kassierer wird Kollege Verl wieder mit bekleidet, bis ein geeigneter Kollege vorhanden ist. Als Delegierte zum Gewerkschaftsrat wurden die Kollegen Verl und Wetter wiedergewählt. Alsdann ernannte der Vorsitzende die amtierenden Kollegen an die nächste Lohnbewegung im Jahre 1910 und ermahnte sie, sich in diesem Jahr mehr um die Organisation zu kümmern und die Versammlungen besser zu besuchen.

Bentz. Am 31. Januar fand unsere regelmäßige Mitgliederbereinigung statt, die infolge des schlechten Wetters schwach besucht war. Zu rügen ist, daß beide Vorsitzende durch Abwesenheit glänzten. Der Kassierer gab den Jahresbericht; danach betrug die Einnahme für die Kassa einschließlich des Kassenbestandes A 749,03, die Ausgabe A 431,77; der Kassenbestand beträgt A 317,26; davon sind A 272,92 auf der weniger Sparkasse angelegt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresabschluß 88, gegen das vorige Jahr ist das eine Zunahme von 9 Mitgliedern. Die ganzen Mitglieder verteilen sich auf 19 Ortschaften. Und zwar sind in Bentz 13 Mitglieder, in Langensleben Oberhain 8, Niederhain 8, Oberelsdorf 2, Niederelsdorf 8, Arnsdorf 8, Wittmannsdorf 7, Hochsburg 6, Lungenauf 6, Gubsdorf 4, Traulsa 4, Steinbach 3, Warnsdorf 2, Zinnberg 2, Herbach 2, Schlotzsdorf 2, Wolperndorf 1, Marcksdorf 1 und Hollensdorf 1. Neueingetretene sind 15, davon waren 5 schon einmal Mitglied; zugereist sind 21, abgereist 18, ausgetreten 3, gestorben 3, zum Militär eingezogen 3. Beiträge schuldeten 10 Mitglieder. Die Extrabeiträge waren alle bezahlt. Mitgliederbereinigungen fanden 12 statt, öffentliche Versammlungen 5, Vorstandssitzungen 5. Die Bau-tätigkeit war gut, so daß noch eine Anzahl Kollegen aus andern Zweigvereinen hier Arbeit fand; sie scheint auch 1909 wieder gut zu werden. Das Jahr 1908 verlief sehr ruhig; Lohnabzüge und Arbeitseinstellungen fanden nicht statt. Der Kassaanschlag von 5 3 soll auch in diesem Jahre erhoben werden, was bei einigen indifferenten Kollegen immer noch Mißbilligung hervorruft. Leider sind es immer solche Kollegen, die das ganze Jahr nicht in die Versammlungen kommen und dann auf dem Bau an den Versammlungsbeschlüssen und leitenden Kollegen heruntersitzen. Es ist das ein Laster, das nicht genug zu beurteilen ist. Es müssen da immer die Nachbarnvereine durchdringt und Linsbach erhalten, wo bei höheren Löhnen niedrigere Beiträge als bei uns gezahlt werden; beide Orte erheben keinen Kassaanschlag, Linsbach hätte statutenmäßig 4 3 zu zahlen. Man muß aber doch mit den schwierigen Verhältnissen rechnen, mit denen unser Zweigverein zu kämpfen hat. Der „Grundstein“ muß hier zu einem großen Teil an die weitgelegenen Ortschaften mit der Post verhandelt werden, was Kosten verursacht, die viele andere Vereine nicht haben. Ferner wurden A 77 für besondere Unterstüßungen (an Kranke und verstorbene Mitglieder) ausgegeben. Wollen die Kollegen keinen örtlichen Kassaanschlag zahlen, so müssen sie auf solche Unterstüßungen verzichten. Zum Frühjahr soll eine Hausagitation in den weiteren, umliegenden Ortschaften vorgenommen werden. Wenn sich eine Anzahl dazu fähiger Kollegen bereit stellt, wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Hauen t. V. Am 21. Januar tagte im Gewerkschaftshaus, Schillerpark, unsere Generalversammlung. Kollege Schmirch erstattete den Jahresbericht. Einzelnen Kollegen waren verschiedene Ausgabenposten zu hoch, wie die für Miete und Heizung, Zeitungsbekanntmachung usw. Es soll darauf getrachtet werden, die Ausgaben im neuen Jahre möglichst zu verringern. Auf Antrag der Revisoren wurde Kollege Schmirch einstimmig entlassen. Bei dem Kartellbericht sprach man über die Absicht der Unternehmer, die eine Innungsartenklasse gründen wollen. Wir werden mit aller Energie dagegen Front machen, übrigens wird der Gesellensauschluß hierbei noch ein Wort mitzureden haben. Nun kamen die Ausschüsse zur Sprache, über die in Nr. 52 des „Grundstein“ bereits berichtet worden ist. Hierzu war ein Schreiben des Hauptvorstandes eingegangen, worin dieser vorschlägt, alle sechs mit einer Ruhe von A 15 zu belegen, da doch einer jenseitig günstiger hätte wie der andre und man doch mit gleichem Maß messen müsse. Der Ausschluß wird jedoch entgegen diesem Vorschlage beibehalten. Ein weiterer Antrag des Kollegen Pfeil, auch Hölzl mit auszuscheiden, wurde gegen fünf Stimmen angenommen. In der Sache Pfeil erklärt sich dieser nach langem Hin und Her bereit, das Geld, das ihm beim Streit entwendet worden ist, zu erheben; er soll vom 1. April an ratenweise abzahlen. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt, als erster Vorsitzender E. Schmidt, als erster Kassierer Kollege Schmirch. Die Kollegen Pfeiler und Deutsch beantragten dann noch, den Beitrag für 1909 von 6 3 auf 5 3 zu regulieren, und zwar sollten statt 10 3 Kassaanschlag nur 5 3 gezahlt werden. Der Vorstand soll sich in seiner nächsten Sitzung damit beschäftigen.

Schmidt. Am 31. Januar 1909 tagte unsere regelmäßige Mitgliederbereinigung. Bei der Abrechnung wünschte Kollege Franz Bröde, die Abrechnung von vierzehn Quartalen fotografieren zu lassen, um sie leichter verständlich zu machen. Dieser Wunsch wurde mit der Begründung abgelehnt, daß jeder Kollege sich beim Kassierer über die Kassenverhältnisse orientieren, einen Teil bezahlt sollen bis zur nächsten Versammlung, einen Teil bezahlt haben. Des weiteren soll gegen die Kollegen, die ihre Mitgliedsbücher aus zur nächsten Versammlung nicht abgeliefert haben, der Ausschluß beantragt werden. Kollege Garbot aus Wehlitz wurde wegen Schulden gestrichen. Nachdem gab der Vorsitzende seinen Jahresbericht, wogegen kein Widerspruch erfolgte. Mit der Lohnfrage soll sich die Mitgliederbereinigung befassen. Unter „Verheiratheten“ bringt Kollege Julius Galla den Bericht von der letzten Kartellung, in der der Vorsitzende von den Bauhilfsarbeitern sich schwer beleidigt gegen die Maurer ausgesprochen hat. Darüber entspann sich eine lebhaftere Debatte, die mit Annahme folgender Resolution endete: „Die am 31. Januar 1909 abgehaltene Maurerverammlung wurde von ihrem Bauvorsitzenden beantragt, das Verlangen an das hiesige Kartell zu stellen, die Auszubildenden des Bauarbeitervorstandes gegen die Maurer, die als Uebergangsarbeiter am Elektrizitätsbau Beschäftigung genommen hatten, sie hätten sich gegen die Vorschriften des Bauarbeiterschlusses verhalten und sich eines Bruches des Bauarbeiterschlusses schuldig gemacht, zurückzuweisen, da diese Behauptung nicht der Wahrheit entspricht. Dieses Verlangen zu stellen, beschließt die heutige Versammlung, um späteren Anrempelungen von den Bauarbeitern vorzubeugen und damit die gefasste Resolution in das Protokoll des hiesigen Gewerkschaftskartells eingetragen wird.“ Es wurde beschlossen, 2 3 pro „Grundstein“ für dieses Jahr mehr zu zahlen, die aber getrennt in der Abrechnung zu führen sind. Weiter wurde beschlossen, daß die Kollegen, die heute 1 1/2 Mkr zu einer Sitzung geladen wurden, die sich mit der Mahregelung am Elektrizitätsbau beschäftigte, mit A 1 pro Mitglied aus Kosten der Kassa entschädigt werden, weil der Bauvorsitzende nicht erschienen war und auch keine Vertretung geschickt hatte. Ein Unterstüßungsfall wurde bis zur nächsten Versammlung verlagert. Weiter gab der Vorsitzende die Kollegen bekannt, die in verbotenen Lokalen vertrieben haben. Die Versammlung sprach ihr Gebauern über die betreffenden Kollegen aus, und war der Meinung, daß dieselben in späteren Zeiten bei Unterstüßungsfällen auch mit zweierlei Maß gemessen werden. Ein mündlicher Antrag, der besagt, den Versammlungsbericht im „Grundstein“ bekanntzugeben, wurde angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung mit dem Wunsch, die nächste Versammlung noch zahlreicher zu besuchen, weil die Vorstandswahl stattfindet.

Sebnitz. (Jahresbericht.) Im abgelaufenen Jahre hatten wir uns einer sehr guten Bau-tätigkeit zu erfreuen, obwohl sie unter dem Einflusse der drohenden Aus-perrung erst ziemlich spät begann. Wir hatten auf Ansuchen der Unternehmer bereits im August 1907 den am 31. März 1908 ablaufenden Tarif gekündigt und ihnen unsere Forderungen übermittelte. Bereits am 3. Oktober 1907 fand eine Verhandlung mit den Unternehmern in Birna statt. Die Verhandlung lief auf einen baldigen, beide Parteien zufriedenstellenden Abschluß schiefen. Durch das Eingreifen des Arbeitgeberverbandes mit seinem bekannten Hauptsekretär kam die Sache ins Stocken. Die nächste Sitzung fand am 31. März 1908 in Sebnitz statt. Die Sebnitzer Unternehmer hatten sich im Laufe des Winters vom Arbeitgeberverband Birna und Umgegend losgelöst und selbst einen Verband für Sebnitz und Umgegend gegründet. Die am 7. April stattgefundene Versammlung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter lehnte das Angebot der Meister ab. Es haben dann am 10. April noch einmal Verhandlungen stattgefunden. Eine an demselben Tage abgehaltene gemeinschaftliche Versammlung nahm das Angebot mit knapper Mehrheit an. Das Angebot lautete auf 1 3 Lohnerhöhung für 1908 und 2 3 für 1909, die Forderung lautete auf 4 3 + 5 3 Lohnerhöhung. Durch das zweideutige Verhalten des Baumleiters E. Schaffrath konnte der Tarif nicht abgeschlossen werden. Es wurde daraufhin den Kollegen bei Schaffrath freigestellt, die volle Forderung durchzuführen. Trotz unseres energischen Drängens ließen sich die Unternehmer drei Monate Zeit, um die Beschäftigung zum Abschluß zu bringen. Eine am 22. Juli tagende Versammlung nahm den Bericht von der am 15. Juli abgehaltenen Sitzung der Lohnkommission entgegen. Durch das lange Zögern der Unternehmer war nun ein Umschwung in der Stimmung der Mitglieder eingetreten. Ramentisch hielt man den „Hord-

und den Agitationsparagrafen nicht für annehmbar. Nach einer sehr erregten Debatte wurde der Abschluß des Tarifs fast einstimmig abgelehnt. Mit dieser Ablehnung war man jedoch auf den toten Punkt gekommen. Die nun eintretende Teilnahmslosigkeit eines ziemlich großen Teiles der Mitglieder, die sich in schwachem Besuche der Versammlungen äußerte, mochte den Nachteil der Unternehmung gemehrt haben. Sie suchten den „Hordparagrafen“ durchzuführen. Es blieb auch nicht bei dem Versuch; der Bauunternehmer E. Nade setzte ihn in die Tat um. Er befaß einfach den an Fußels Neubau in der Böhmischenstraße arbeitenden Kollegen, in Afford zu arbeiten, und zwar zu einem Lohnsatz, der unannehmbar war. Die Folge davon war, daß sich die Kollegen der übrigen Bauten solidarisch erklärten und bei dem Horn die Arbeit niederlegten. Das hatte sich Herr Nade nicht träumen lassen. Die Bauweise dauerte nur zwei Tage, und zwar vom 12. bis 14. August, und endete mit einer vollständigen Niederlage des Unternehmers. Bei dieser Gelegenheit drängten die Unternehmer zum Abschluß des Tarifs. In einer am 21. August abgehaltenen Mitglieder-versammlung wurde durch die energische Fürsprache des Bauvorsitzenden, Kollegen Friedrich, der Tarif angenommen. Die Bekanntmachung, daß die Zimmerer und Bauarbeiter bereits angenommen hatten, wirkte jedenfalls bestimmend auf die Kollegen. Ohne Zweifel hatten die Dresdener „Hordjäger“ durch ihr unsofortiges Verhalten im Frühjahr die Lohnbewegung für uns ungünstig beeinflusst. Sie hätten schon im Februar den dringenden Bau, den Schulbau, in Afford übernommen, mit der Verpflichtung, im Falle eines Streiks oder einer Ausperrung weiter zu arbeiten. Solche Leute rühmen sich noch, Träger der Organisation zu sein! Am 22. Juli wurde eine Statistik über die Bau-tätigkeit im Sebnitzer Lohnbezirk aufgenommen. Es wurden bei 7 Unternehmern 29 Arbeitsstellen gezählt, davon waren 21 Neubauten. Beschäftigt waren 23 Poliere; 246 Gesellen und 31 Lehrlinge. Der Lohn betrug durchgängig 41 3 pro Stunde; Jungesellen erhielten 35 bis 36 3 pro Stunde. Im ganzen haben stattgefunden 10 Mitglieder-versammlungen, 4 öffentliche in Gemeinschaft mit den Zimmerern und Bauarbeitern, 7 Ortsgruppenbesprechungen, 3 Betriebsbesprechungen und 11 Vorstandssitzungen. Die Kasse wurde siebenmal von den Revisoren auf ihre Richtigkeit geprüft. Mitglieder waren am Schluß des Jahres 226 vorhanden, neu eingetreten sind 25, davon waren 2 schon früher einmal Mitglieder, zugereist sind 15, abgereist 24, davon leider 10 ohne Abrechnung, ausgetreten 7, gestorben 2, zum Militär eingezogen 3, wegen Schulden gestrichen 3. Rückständige Verbandsbeiträge hatten am Schluß des Jahres 14 Mitglieder, zusammen 97 Wochen. Die Einnahme der Hauptkasse betrug A 2610,85. Die Einnahme der Kassa betrug A 2215,61, die Ausgabe A 1258,07; der Bestand betrug A 1357,54. Die Gesamteinnahme betragt inkl. Bestand vom vorigen Jahre A 6101,88, die Gesamtausgabe A 4144,34. Das Jahr 1908 hat uns einen bedeutenden Schritt vorwärts gebracht. Möge sich ein jeder Kollege aufs neue geloben, seine Pflichten voll und ganz zu erfüllen und nach besten Kräften für die innere und äußere Ausbreitung der Organisation mitzuwirken, so wird uns auch das neue Jahr neue Erfolge bringen.

Sechhausen. Sonntag, den 31. Januar, hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Generalversammlung ab. Erschienen waren 21 Mitglieder. Zu dieser Versammlung war als Referent Kollege Verndt aus Magdeburg erschienen, der in einer anderthalbstündigen Rede ausführlich, wie notwendig es ist, sich einer freien Gewerkschaftsorganisation anzuschließen.

Speier. Sonntag, den 31. Januar, fand unsere Generalversammlung statt. Nach Bekanntgabe des Jahres- und Kassenberichts, aus dem zu ersehen war, daß die Kasse einen Kassenbestand von A 520 hat, wurde dem Kassierer, Kollegen Wolf, Entlastung erteilt. Es wurde ihm für seine Verrichtung eine Gratifikation von A 10 über-wiesen. Es erfolgte dann die Wahl der Verwaltung. Es wurden folgende Kollegen gewählt: Carl Friedrich als Vorsitzender, Markus Wolf als Kassierer. Nachdem noch einige Krankenunterstützungsanträge erledigt waren, wies der bisherige Vorsitzende nochmals auf die demnächst stattfindende Bildungsabende hin und schloß hierauf die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Stettin. (Jahresbericht.) Wenn viele der Stettiner Kollegen im Anfang des Jahres glaubten, die Krise, die für den hiesigen Ort seit 1904 bestand, würde sich im Laufe des Jahres wenden, so sind die Kollegen jetzt um eine bittere Erfahrung reicher. Schädlicher als alle seine Vorgänger war das Jahr 1908. Während im Jahre 1904 noch 147 Erlaubnisse zu Neubauten von Wohngebäuden erteilt wurden, belief sich die Zahl im folgenden Jahre auf 72, im Jahre 1906 auf 34, im nächsten Jahre waren es 17 und 1908 20, darunter vier Aufstufungs- resp. Schlaggebäude auf den hiesigen Bahnhöfen. Nachfolgende Tabelle gibt die Zahl der beschäftigten Maurer und der Mitglieder des Zweigvereins Stettin:

Jahr	Anzahl der Beschäftigten	Davon organisiert
1901	1688	1404
1902	1377	1124
1903	1014	871
1904	871	1048
1905	640	884
1906	588	531
1907	556	607
1908	354	561

Wir können wenigstens mit Befriedigung feststellen, daß sich das Verhältnis der organisierten Kollegen zur Zahl der beschäftigten Maurer in Stettin trotz der sehr unglücklichen Konjunktur nicht verschlechtert hat. Die Beitragszahlung war, obwohl in Stettin die Hausstärkung nicht besteht, mit 39,4 Beitragsnoten pro Mitglied gut. Während der Beitragszeit war die Höchstzahl der Arbeitslosen, die sich zur Kontrolle meldeten, im März 129, die geringste Zahl im August, 36. Die Zahl der Neuzutretenden war 49, davon waren 20 schon einmal Mitglied, mehreremal 6. Beitrags-

waren wurden im Jahre 1915 verkauft, wozu noch 358 Extrabeiträge eingezogen wurden. Für die Hauptkasse betrug die Gesamteinnahme M. 18.980,54. Die Kassa hatte eine Reineinnahme von M. 8208,71, eine Ausgabe von M. 4289,02 und am Jahresabschluss einen Bestand (einschließlich des Rücklagenfonds) von M. 904,21 und ausschließlich des Rücklagenfonds von M. 1800,00. Im Jahre 1909, wozu allerdings M. 2500 zum Gewerkschaftshausfonds festgelegt sind, trat der schlechteste Arbeitsjahrsbericht seit dem Jahre 1903 für die Stettiner Kollegen ziemlich unruhig. Mit zwei Arbeitgeberverbänden im Anfang des Jahres Verträge abgeschlossen werden. Mit dem sogenannten neuen Verband wurde der alte Vertrag nach dreimonatiger Verhandlung auf ein Jahr verlängert, nachdem von den Kollegen ein dreijähriger Vertrag von 2 1/2 % Lohn-erhöhung für die beiden letzten Jahre abgelehnt worden war. Mit dem alten Verband, welcher Mitglied des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ist, nahmen die Verhandlungen ziemlich die ganze erste Hälfte des Jahres in Anspruch. In acht Verhandlungen beschäftigten wir uns mit dem Mustertarif und der Schiedsfrage wurde von den Stettiner Kollegen in der letzten, am 27. Mai abgeschlossenen Verhandlung mit 63 gegen 56 Stimmen abgelehnt. Die beschriebene schlechte Wirkung des Agitationspassus ist, obwohl der Schiedspruch auch für Stettin gilt, nicht in dem Maße eingetreten, wie wohl viele glaubten. Ein Unterstützungsverein der Stettiner Maurer, der als nächste Folge von einigen Unzufriedenheiten gegründet wurde, ist nur auf knapp 20 Mitglieder gekommen; nach Mitteilungen einiger Kollegen soll er sich schon wieder aufgelöst haben. Die oben angeführte Mitgliederbewegung beweist ja auch am besten, daß die übergroße Zahl der Stettiner Kollegen nicht daran liegt, Organisationsgespaltungsversuche aufzunehmen zu lassen; dafür ist bei uns im Norden kein Boden. Wenn auch im Jahre 1908 keine großen Kämpfe geführt worden sind, so haben wir doch mehrere Male zum letzten Mittel, der Arbeitsverderbung, auf einzelnen Arbeitsstellen greifen müssen, um Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zu verhindern. Besonders scheinen sich auswärtige Firmen nicht an Stettiner Arbeitsbedingungen gewöhnen zu können. Die Firma Beudelt & Co. aus Grünberg in Schlesien glaubte sich erlauben zu dürfen, die Baudepartien zu maßregeln. Eine ganze Zeit ließen sich dies die Kollegen gefallen, bis Anfang April den Maurern erklärt wurde, daß sie nicht genug leisteten. Da unsere Kollegen im Gegensatz hierzu die Meinung vertraten, daß 900 bis 1000 Steine in reinem Elementort pro Mann in neunzehn Stunden eine anständige Leistung seien, verlangten sie jetzt als Gegenleistung von der Firma 60 1/2 Stundenlohn anstelle des bisher gegeldeten Vertragslohnes von 55 1/2. Am 23. April wurde die Arbeit eingestellt, und da sich nur zwei Streikbrecher fanden, andererseits aber die Weidre, an der die Arbeit eingestellt wurde, vom Regierungspräsidenten gesperrt wurde, einigte sich die Lohnkommission mit der Firma auf 58 1/2 Stundenlohn. Nachdem die Streikbrecher verschwunden waren, wurde am 4. Mai die Arbeit wieder aufgenommen. Am 6. Juli wurde von den Bauarbeitern die Arbeit eingestellt, um den Stundenlohn, der bis dahin zwischen 27 1/2 bis 50 1/2 geschwankt hatte, einigermaßen zu regeln. Verlangt wurden 40 1/2 für Bauarbeiter, 50 1/2 für Akkord- und Steinträger. Nach vier Wochen wurde die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer 37 resp. 47 1/2 geboten hatten. Von anderen Kollegen wurden insgesamt 317 im Laufe der vier Wochen in Mitleidenschaft gezogen, die zusammen 4099 Tage feiern mußten. Ein Unterstützungszahlen wir M. 11.008,86 aus. Im September waren wir gezwungen, die Berliner Firma Bobrow & Knauer zu sperren, weil sie Berliner Verhältnisse bei uns einführen wollte. Unser Verlangen, einigen Mißständen abzuwehren, beantwortete die Firma mit der Entlassung einiger 60 Kollegen. Da die anderen noch beschäftigten Kollegen mit einer derartigen Regelung nicht einverstanden waren, stellten sie die Arbeit ein. In einer Verhandlung mit dem Arbeitgeberverband zog der Geschäftsführer die Entlassung zurück und versprach, sämtliche Mißstände abzustellen, was auch später innegehalten wurde. Die Sperre wurde nach anderthalbtägiger Dauer wieder aufgehoben. Durch die schlechten Arbeitsverhältnisse wurde die Bauarbeiterschaft Stettins gezwungen, sich im November 1907 mit einer Petition an den Magistrat und an die Stadtverordneten zu wenden, worauf im Februar 1908 die Antwort zurückgelangte. Gewünscht wurde: 1. daß die in Angriff genommenen Arbeiten bei günstiger Witterung weitergeführt, würden; 2. daß bei Neueinstellungen die in Stettin Anstelligen zuerst berücksichtigt würden; 3. daß alljährlich eine Wohnungsstatistik aufgenommen würde und 4. daß in den städtischen Wohnungen die Lohnkäufer Platz fände. In der Antwort wurde uns verraten, daß die Punkte 3. und 4. nicht berücksichtigt werden könnten, während die beiden ersten Punkte Berücksichtigung finden sollten. Die Folgezeit hat gelehrt, daß der Punkt 3. der wegen der hohen Ausgabe von ca. M. 20.000, die er pro Jahr verursacht, im vorigen Jahre glatt unter den Tisch fiel, jetzt, natürlich aus anderen Gründen, weil vom Hauseigentümer beantragt, von der Stadtverordnetenversammlung dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen wurde. Wir haben aber auch gesehen, daß städtische Bauten (Schule, Stolzstraße), die sonst Anfang März abgedeckt wurden, in diesem Jahre erst im Monat April weitergeführt wurden, obgleich die öffentlichen Bauten, die von Staatsbehörden geleitet wurden, schon im Februar mit den Bauarbeiten begannen. Daß in diesem Winter, trotz der bekannten Erlasse der Minister, ebenso gehandelt werden wird, steht außer Zweifel; denn bei der neuen Realchule ist schon im November mit dem Abdecken begonnen worden, wohl weil dem ausführenden Unternehmer, einem unserer Stadtverordneten, der Arbeitslohn zu teuer ist. Auch auf dem Regierungsgelände, wo noch bis Weihnachten gearbeitet wurde, soll jetzt, wohl in Rücksicht auf die erlassenen Ministerialverordnungen, nach denen in diesem Winter bei günstiger Witterung infolge der herrschenden Arbeitslosigkeit überall gearbeitet werden soll, erst im März weitergearbeitet werden. Wie es scheint, tritt hier, das Beispiel der Stadt anstehend. Daß städtische Betriebe Mutterbetriebe sind, können auch wir in Stettin nicht behaupten. Während unsere Unternehmer laut Vertrag 55 1/2 Stundenlohn zahlen, brüht die Stadt den in eigener Regie beschäftigten Maurern 32 1/2 bis 35 1/2 in die Hand. Auf eine Petition der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter, in der Zahlung der vertrag-

lichen Löhne gefordert wurde, kam die Antwort, daß die bei der Stadt Beschäftigten ja die Qualität hätten, fest angestellt zu werden, dafür würden sie ja mit drei Pfünften des Lohnes der in Privatbetrieben Beschäftigten fertig werden können. Daß eine beaktende Antwort die Billigung der Mehrheit finden konnte, beweist am besten, daß wir in Stettin in sozialpolitischer Beziehung recht rückständig sind. Unser Verhältnis zur politischen und gewerkschaftlichen Bewegung könnte besser sein. Nach einer aufgenommenen Statistik waren von 624 Mitgliedern 148 oder 23,9 % Mitglieder des Bauvereins, im Konjunkturverein waren 153 oder 29,2 % und Leiter des Kartellbundes 201 oder 32,3 %; hoffentlich tritt hier mit einer besseren Arbeitsgelegenheit auch ein wesentlicher Fortschritt ein. In der Zement- bzw. Betonbranche sind die Organisations- und insbesondere auch die Lohnverhältnisse traurig. In vier Verbänden — bei den Bauarbeitern, Fabrikarbeitern, Maurern und Zimmerern — ist ein geringer Bruchteil der Beschäftigten organisiert. Mit Beginn der kommenden Bauperiode werden wir unsere Aufmerksamkeit darauf richten, damit die jammervollen Löhne, die bis zu 30 1/2 pro Stunde herabgehen, eine Aufbesserung erfahren. Ein schönes Stück Arbeit, das im Jahre 1909 gemacht werden soll; gelingen kann es, wenn jeder Verbandskollege seine Pflicht erfüllt.

Stimmenwende. Am 31. Januar fand hier eine Mitgliederversammlung statt. Das Unbedenken des verstorbenen Kollegen Walter Krüger wurde durch Erheben von den Sigen gelehrt. Die Abrechnung vom vierten Quartal verlas Kassierer Kleinmüdt; sie wurde für richtig befunden und dem Kassierer Entlassung erteilt. Den Jahresbericht gab Kollege Garbick. Die Mitgliederzahl war am Schlusse des Jahres 1908 224; davon waren 20 dem Verbands neu beigetreten. Zwei Kollegen wurden zum zweifachen Mitglied. Wegen retirierender Beiträge wurden sechs Kollegen gestrichen. Gestorben sind fünf Kollegen und zwei Frauen. Verkauf wurden 7097 Marken; 4392 Marken à 45 S., 253 Marken à 40 S., 995 Marken à 30 S. und 1457 Marken à 25 S. Dies ist die höchste Zahl der Arbeitslohnmarken, die hier innerhalb zehn Jahren verkauft sind. An die Hauptkasse wurden M. 2761,60 abgeführt. Versammlungen fanden statt: 14 Mitgliederversammlungen, vier Vorstandssitzungen und zwei kombinierte Versammlungen der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Durch die Arbeitsverderbung der Bauhilfsarbeiter wurden unsere Kollegen zweimal in Mitleidenschaft gezogen. Das zweite Stiftungsfest soll am 6. März stattfinden. Kollege Becker stellte den Antrag, daß das Stiftungsfest im „Grundstein“ bekanntgegeben wird; auch sollen etliche Einladungen ergehen. Ein Besuch der Frau Weidre; betreffs Unterstützung, wurde abgelehnt, weil kein Geld in der Kassa ist. War schon das Jahr 1908 für das hiesige Baugewerbe nicht gut, so scheint sich das Jahr 1909 nicht besser zu wollen. Komme man sonst mit 10 bis 15 Willenbauten rechnen, so waren im Herbst 1908 nur fünf Bauten in Angriff genommen. Bedenkt man, daß sich eine große Anzahl Kollegen in anderen Berufen Arbeit verschafft hat, so wird man unumwunden zugeben müssen, daß die Stimmwende Kollegen allen Grund haben, eine Besserung herbeizuwünschen. Dies mag wohl auch viel dazu beigetragen haben, daß der Verbandsantrag im verflochtenen Jahre viel zu wünschen übrig ließ. Die erste Versammlung in diesem Jahre war gut besucht. Möchten die Kollegen so bleiben, so daß man am Schlusse des Jahres 1909 schreiben kann: der Verbandsantrag war in diesem Jahre sehr gut.

Waffenbüttel. Im verflochtenen Jahre herrschte hier eine gute Bautätigkeit, die es sogar möglich machte, daß noch auswärtige Kollegen hier arbeiten konnten. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 92; neugetretene sind im Jahre 1908 12, zugereist 22, abgereist 80 Kollegen, zum Militär eingezogen ist ein Kollege. Beitragsschulden haben 9 Mitglieder; angesichts der nicht schlechten Arbeitsgelegenheit ist das Entschieden zu tadeln. Der Bestand der Kassa betrug M. 443,50. Mit dem Unternehmer Duert hatten wir einen kleinen Krieg ausgedacht. Der Mann dachte, den Tariflohn um 2 1/2 Krügen zu können. Duert erkrühte sich ohnehin einer gewissen „Verühmt“ bei den Kollegen. Er liebt trügerische Ausdrücke, als wir sie sonst gebrauchten. So tituliert er die bei ihm arbeitenden Maurer oft „saule Wase“, „Dorfschuster“. Unseren Vorstehenden Goldbach nannte er bei den Verhandlungen Geber und Aufwieglar. Als wenn jemand mehr hegen könnte, als Duert das mit seiner Grobheit tut! Als er nun den Lohn fürzte, wurde er prompt gesperrt, und nach wenigen Tagen mußte er seine Maßregel zurücknehmen. Herr Duert mag sich eins gefast sein lassen: es geht so lange gut, bis er einmal an den Rechten kommt, der auf seinen großen Klok einen noch größeren Keil schlägt und dem „Meister“ anders als mit Worten dicke! In der letzten Generalversammlung wurde angesichts des Treibens einiger Affordwölfe beschlossen, in Zukunft jeden in Afford arbeitenden Kollegen, der nicht den Zweigvereinsvorsitz oder die Versammlung von seinem Arbeitsverhältnis unterrichtet, auszuschließen. Der Verbandsantrag war während des ganzen Jahres sehr schlecht. Zwei Drittel der Mitglieder haben nur eine Versammlung besucht! Auf Beschluß der Generalversammlung soll in Zukunft den Kollegen, die jährlich sechs regelmäßige Versammlungen besucht haben, die Krankenunterstützung während der Karenzzeit aus der Kassa gezahlt werden. Da unser Tarif in diesem Jahre erneuert werden muß, so sollte sich, jezt jeder Kollege mit etwas Pflichtgefühl sagen, daß auch seine Tätigkeit mit dazu beitragen muß, um die Neuregelung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen möglichst günstig für uns ausfallen zu lassen. Darum hoffen wir künftigt auf einen besseren Versammlungsbesuch.

Holierer und Steinholzleger.

In Hamburg ist die Aussperrung am 1. Februar erfolgt. Jedoch haben nicht alle Firmen, sondern nur drei ausgesperrt. Bei der Firma Bostan wurde die Arbeit von den Kollegen selbst eingestellt, weil sie einen Kollegen entließen, der sich weigerte, nach dem Affordtarif zu arbeiten. Die Unternehmer hatten die Aussperrung brieflich angekündigt. Die Kollegen beschäftigten sich am 4. Februar mit der Lage. Die Unternehmer hatten wieder ein Schreiben geschickt, worin sie uns mitteilten, daß sie weitere Verhand-

lungen mit uns ablehnen. Von den Aussperrten sind zehn schon bei andren Firmen in Arbeit getreten. Von einem Kollegen wurde die Frage aufgeworfen, ob man nun nicht auch bei den andren Firmen, die sich, obwohl sie Mitglied im Arbeitgeberbund sind, nicht an der Aussperrung beteiligen, die Arbeit einstellen solle. Nach längerer Aussprache wurde das aus taktischen Gründen abgelehnt. Dagegen beschloß man, das Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

Aus Holland.

Auf Grund eines neuen Gesetzes über den Arbeitskontrakt versucht jetzt der Unternehmerverband, in jeder Stadt, wo er Einfluß besitzt, den Arbeitern schriftliche Verträge aufzuzwingen, die jeder Arbeiter einzeln unterzeichnen soll. Das Bestreben des Unternehmerverbandes ist durchweg auf die Verschlechterung der bisherigen Arbeitsbedingungen gerichtet; einmal wird versucht, die Löhne zu reduzieren, zum andren sollen sich die Arbeiter verbindlich machen, eventuell Streikbrecherdienste zu leisten.

Unsere Kollegen weigern sich, solche Kontrakte zu unterschreiben und, wo es doch geschieht, infolge zu schwacher Organisation oder schlechter Konjunktur, werden die Unterschriften unter Protest gegeben. In einigen Orten sind infolge ihrer Unterschriftenverweigerung die Maurer ausgesperrt worden; in der vorigen Woche wurden 184 Aussperrte (Mitglieder des Zentralverbandes der Bauarbeiter) gezählt. Es ist nicht ausgeschlossen, dass es zu einem sehr ernsthaften Kampfe kommt. Der Zuzug von Mauern und Bauhilfsarbeitern ist unter allen Umständen fernzuhalten. — Unser holländischer Bruderverband hat heute etwas über 1800 Mitglieder; er darf hoffen, dass er in diesem Jahre erheblichen Zuwachs bekommt und dann auch in der Lage sein wird, einen größeren Einfluss auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszuüben.

Zentralfrankentasse
(„Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 31. Januar bis 8. Februar sind folgende Beiträge als Zuschüsse abgegangen: Charlottenburg M. 1000, Niddorf 800, Kiel 600, Brandenburg a. d. H. 600, Lübeck 500, Jordan Paradies 400, Böhlz l. Pom. 400, Edin 400, Stuttgart 400, Weidener 300, Görlitz 300, Danzig 300, Eldersberg 300, Hildorf 300, Mannheim 300, Brandenburg 300, Wilschelsbad 300, Jagnitz 300, Hagen l. Weiff. 300, Göttingen 200, Dortmund 200, Runglau 200, Worms 200, Rönigsberg l. Pr. 200, Karlsruhe 200, Chemnitz 200, Reumünster 200, Wittenau 200, Osnabrück l. d. H. 200, Trebitz 200, Osnabrück-Drilla 200, Düsselbort 200, Eppelheim 200, Rawitsch 150, Wiesbaden 150, Zuffen l. Neckar 150, Ludenau 150, Dessau 150, Hofen 150, Friedrichshagen 150, Neustadt 150, Breittin 150, Deutsch Wissa 150, Eiden 150, Pantow 100, Sechtshelm 100, Egehen 100, Gütrow 100, Wörlitz a. M. 100, Neira 100, Elbing 100, Stepe a. Finowkanal 100, Grante 100, Eilenburg 100, Mathenow 100, Gutow 100, Neudietendorf 100, Arnstadt 100, Weisenleben 100, Oberförst 100, Schwirlein 100, Wandebfel 60, Warthausen 60, Biersdorf 60, Würzburg 300. Summa M. 14.708.

Altona, den 6. Februar 1909.
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmsstr. 57.

Aus den Verwaltungsstellen.

Samburg. Eine Mitgliederversammlung der Zentralfrankentasse Grundstein zur Einigkeit tagte hier Sonntag, den 31. Januar. Das Protokoll der letzten Versammlung wurde beraten und genehmigt. Die Abrechnung vom vierten Quartal ergab eine Einnahme von M. 11.854,16 und eine Ausgabe von M. 10.698,33. Anschließend an diese Quartalsabrechnung gab der Kassierer Federken einen Uebersicht über die Kassenverhältnisse von 1907 und 1908. (Die Zahlen in Klammern gelten für das Jahr 1907.) Die Einnahmen verteilten sich wie folgt: Verband freier Kassen M. 8197,00 (8284,50), Frankentagel M. 1. 81. M. 8718,80 (8369,60), 2. M. 1. M. 9794,80 (9418), M. 7,80 (108), 4. M. 1. M. 201,70 (307), Anr- und Beihilfungsstellen an Krankenkassen M. 7680,80 (4985,40), an die Angehörigen resp. Familienunterstützung M. 1786,57 (1087,45), Verwaltungskosten M. 2672,70 (2708,80), sonstige: als Krankentransporte usw. M. 418,75 (392,76), an die Hauptkasse abgegangen M. 6050 (7050). Sierbefälle waren 18 zu berechnen mit einer Ausgabe von M. 1975 (1380). Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres M. 815,83 (762,45). Die Krankheitslage beliefen sich auf 4580 (3780). Die Zahl der durch Unfälle hervorgerufenen Krankheitsstage war 1480 (1400). Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 1800 (1890). Der Kassier Dehn gab bekannt, daß vier Quartals- und acht unterhobste Revisionen stattgefunden hätten, wobei alles in besser Ordnung befunden wurde. Zu diesem Verichte wies der Bevollmächtigte darauf hin, daß die Nachtragsgaben sich ganz besonders bei den Krankensausschüssen resp. Familienunterstützung bedeutend vergrößert hätten. Dasselbe sei bei den Sierbefällen der Fall, und wenn man bedenkt, daß eine wirtschaftliche Krise sich vollzieht, durch die die Verwaltungsstelle indirekt in Mitleidenschaft gezogen wird, so können wir wohl behaupten, daß unsere Verwaltungsstelle dennoch zu den Besten unserer Klasse gehört, und am Plage jeder anderen Klasse mitleidens gleichkommt. Alsdann wurde das Mandat der verstorbenen Mitglieder in üblicher Weise gelehrt. Bei der halbjährlichen Erneuerung der städtischen Verwaltung wurde der erste Bevollmächtigte Bernh. Schulze, erster Schriftführer Helm. Mohr, zweiter Kassierer Paul Weinberg und die Revisionen H. Jell und Wilh. Dornas einstimmig wiedergewählt. Beim Punkt „Revidieren“ wurden die Mitglieder zum ganz besonders auf die Sierbefälle hingewiesen, wobei der Bevollmächtigte betonte, daß man hier Gelegenheit habe, für sich oder seine Familienangehörigen für ein sehr niedriges Beitragsgeld und für sehr winzige Beiträge ein unabhängiges Sterbegeld zu sichern. Leider werde dieses Institut von den Mitgliedern noch gar zu wenig beachtet. Redner ersucht nach diesem Hinweise sich der

Sterbetafel anzuichten. Nachdem noch die Beitragszahlung gestreift, und hierzu ein diesbezüglicher Antrag der Verwaltung zur Berücksichtigung überwiegen worden war, wurde vom Vollständigen der Bericht vom Verband freier Krankenkassen erstattet. Bemerkungen und Einwendungen wurden nicht erhoben.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen &c.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Vandalenstürzen, überhand von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Danzig. Ein schwerer Unfall ereignete sich am 1. Februar, morgens, zu Beginn der Arbeit, am Neubau des Unternehmers Haff, Langgarten. Der Maurer Karl Janni wurde durch ein herabstürzendes Brett derartig von dem Kopf getroffen, daß er das Gleichgewicht verlor und von der Leiter, auf der er zu gleichem Zeitpunkt hinaufsteigen wollte, herabstürzte. Hierdurch erlitt J. einen Oberkörperbruch. Das herabgefallene Brett hatte einen Balkengerüst in der zweiten Etage als „Stütze“ gedient und war nur mit ein paar Stücheln befestigt gewesen. Die Balkengerüste dienen als Leiterpodeste für die Stein- und Kalkträger, um von dort in das Innere des Baues zu gelangen. Durch die fortgesetzte Erschütterung hat sich dann die „Stütze“ gelöst und schließlich ihren Halt verloren. Mehrere Arbeitergerüste liefen, nicht vorhanden; die Maurer arbeiten „überhand“. Schutzeuge fehlen ebenfalls. Das ist in Danzig gang und gäbe. Die von dem Vorstand der Nordöstlichen Baugewerks-Vereinsgenossenschaft so viel gepriesenen Unfallverhütungsvorschriften der „Nordöstlichen“ sind bis Danzig noch nicht vorgedrungen. Dieser Unfall, wodurch der Verunglückte vielleicht lebenslanglich zum Krüppel wird, ist lediglich auf die äußerst primitiven Gerüste, auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen und jeglicher Kontrolle zurückzuführen. Wann endlich werden sich die Arbeiter gegen diese Risikowirtschaft, gegen das Spielen mit ihrem Leben energisch auflehnen!

Minden i. W. Im Steinbruch des Unternehmers Behrens ist der Maurer Ernst Tralle durch Verschüttung tödlich verunglückt. Der Verunglückte war mit anderen Arbeitern dabei, den über dem Steinflöß lagernden Boden abzutragen. Dabei haben sie entweder die Wand zu steil gemacht oder der Boden ist aus anderen Gründen ins Rutschen gekommen, und plötzlich war das Unglück geschehen. D. ist durch das niederstürzende Gerüst mit dem Rücken so fest auf einen Stein gepreßt worden, daß ihm das Rückgrat zweimal gebrochen ist. Nach einer Stunde war er eine Leiche. Der Verunglückte war der Ernährer seiner hochbetagten Eltern. Die Arbeit wurde in Afford ausgesetzt.

Soziales.

Aus dem Reich der Sozialpolitik. Unser Zweigverein in Wieden am 22. Oktober mit den dortigen Mitgliedern des Marktschreierverbandes eine gemeinsame Versammlung ab, um über eine Vertition zu sprechen, die man in Sachen der Arbeitslosigkeit an den Gewerkschaften richten wollte. Man wollte nämlich gerade damals mehrere Arbeiter im Submissionsverfahren werden. In der Vertition forderte man, der Gewerkschaft solle diese Arbeiter zurücknehmen, damit im Winter die Arbeitslosen damit beschäftigt werden könnten. Der Erfolg dieses Vorgehens war — ein Strafmandat wegen Verstoßes gegen die Sonntagseinstimmungen, weil die Versammlung an einem Sonntag und ebenfalls auch während des Hauptgottesdienstes statt hatte. Schließlich nahm sich sogar noch der Staatsanwalt der Geschichte an, der die Versammlung für politisch und somit für anmeldepflichtig hielt. Unser Vorsitzender in Wieden, Kollege Koch, erhielt auch tatsächlich ein Strafmandat über M. 10 über vier Tage Haft. In der Verhandlung über die eingeklagte Verletzung wurde der Strafbefehl, soweit er sich auf die unterlassene Anmeldung bezog, verworfen, aber wegen Verletzung der Bestimmungen über die Sonntagruhe über M. 6 Strafe.

Das ist ein unzahlbares Wild: Arbeiter werden sich vertrauensvoll an die Vordere, um die früh genug auf die Eindringung der Arbeitslosigkeit aufmerksam zu machen, und die Behörde antwortet mit einem Strafmandat und Anzeige an die Staatsanwaltschaft! Und nun mag einer kommen und etwas dagegen sagen, daß wir nicht der führende Staat in der Sozialpolitik wären!

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 16 des 27. Jahrgangs. — Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Theorie vom blauen und roten Blut. — Entwicklungsgeschichtliches über die Monarchie. — Von Otto Hub. — Theorie und Praxis in der Gemeindepolitik. Von J. Simon (Münster). — Abschaffung der indirekten Verbrauchssteuern in den Gemeinden. Von Hans Schäfer (Gütersloh). — Abschaffung aller indirekten Steuern. Von Gg. Kumpfer (Hildesheim). — Gewerkschaftsbeamte und Partei. Eine Erwiderung. Von Hermann Peters (Dortmund). — Das Ende des jüdischen Dreiklassenparlamentes. Von Gustav Menz. — Literarische Rundschau: Paul Ehrlich, Fünfundsiebzig Jahre sozialdemokratischer Arbeit in der Gemeinde. Von sw. Dr. M. Anzgnst. Die Einwirkung der gewerkschaftlichen Kasse. Von ad. br. — Nötigen: Deutschland in der Welt voran! Von k. — Zeitschriftenchau.

Los von der Kirche, eine im preussischen Landtag verhandelte, im „Friedenpalast“ in Berlin gehaltene Rede von Adolf

Hoffmann. H. Hoffmanns Verlag, Berlin, Blumenstr. 22. Preis 20 A, bei Massenbezug billiger.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 9 des 19. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A, durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis ohne Beleggeld 55 A; unter Kreuzband 86 A. Jahresabonnement M. 2,50.

Briefkasten.

Mehrere Berichte mußten zurückbleiben. Abgelehnt ist der Bericht von St. Johann, weil auf beiden Seiten beschrieben, und der Bericht von Salzkungen, weil erst 16 Tage nach der Veramtlung bei uns eingegangen.

Garz a. N., A. N. Leider ist Verjährung eingetreten, so daß der künftige Vater sich von der Verpflichtung, Ertrag für die Ernährung und Erziehung seines Kindes zu leisten, drücken kann.

Danzig, G. K. Weil sich der Bericht nicht zum Ausdruck eignet.

Landsköt, F. W. Warum der Bericht abgelehnt worden ist, können wir jetzt auch nicht mehr feststellen, aber grundlos ist es richtig nicht gewesen.

Berlin, A. J. Wir können das jetzt nicht mehr nachprüfen, weil wir das Manuskript nicht ausgeben haben. Es wird sich dabei jedenfalls um einen Druckfehler handeln.

St. Chari. Der Bericht war nicht verwendbar.

Walsungen, W. Die Verbandsversammlungen werden kostenlos im „Grundstein“ bekannt gemacht.

O. G. in W. Wenn schon der Stempel im Buch steht, aber noch Vorkaufsträge fehlen, so ist der Stempel eben beiseitezulassen und ersetzt durch die Verpflichtung, zu zahlen was man schuldet. Um solche Selbstverständlichkeiten fragt man doch nicht erst an.

G. S. in S. Selbstverständlich gilt die Kündigung durch die Zeitung.

A. Kuben, Friedrichsfelde. Du kannst uns schon glauben, daß das Gedicht nicht verwendbar ist. Auf eine Darlegung der Gründe können wir uns nicht einlassen, weil wir nennenswerte Dinge zu tun haben.

P. W. in O. Wegen der Forderung laß Dich ruhig verhalten.

Kälberau, R. Vom Beginn der dreizehnten Woche nach Eintritt des Urlaubs bis zum Ablauf der dreizehnten Woche hat der Unternehmer, bei dem der Unfall passierte, einen Zuschuß zum Krankengeld zu zahlen. Die Einziehung und Auszahlung des Zuschusses ist Sache der Krankenkasse. Die Höhe des Zuschusses ist nicht festzulegen; er ist abhängig von dem Arbeitslohn, von der Berechnung des Krankengeldes zugrunde gelegt ist, und von dem Krankengeld. Beispiel: Der Verdienstslohn ist auf M. 8 festgesetzt, dann beträgt das regelmäßige Krankengeld mindestens M. 1,50 und erhöht sich mit dem Unfallzuschuß auf mindestens M. 2. Hier wird die Unterlegung also um ein volles Drittel erhöht. Beträgt aber bei demselben Verdienstslohn das regelmäßige Krankengeld M. 1,50, so würde es durch den Zuschuß auch nur auf M. 2,00 nur um ein Viertel erhöht zu werden brauchen. — 30 Jahre.

M. S. Die Zahl der Selbständigen im deutschen Baugewerbe betrug im Jahre 1906 119 141.

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Localbeamter gesucht.

Der Zweigverein ein Mannheim-Ludwigshafen sucht zum 1. April 1909 einen Localbeamten.

Derlei hat hauptsächlich die schriftliche und mündliche Apilation zu betreiben, die Lohnbewegungen zu teilen und die Verbindungen mit den Unternehmern zu führen. Ebenso sind vollständige Kenntnisse der inneren Verwaltung erforderlich. Es wird sonach auf eine erste Kraft reflektiert. Bewerbungen sind bis zum 1. März 1909 an Chr. Sauer, Mannheim, F 4, Nr. 9, verfertigt mit der Aufschrift „Localbeamter“ zu richten. Den Bewerbungen ist ein Nachweis über die bisherige Tätigkeit beizufügen. [M. 4,20] Der Vorstand.

Ernst Köhn aus Wandbeck b. Hamburg wird von seinem Bruder gebeten, seinen Aufenthaltsort mitzutheilen. Alle, die diese Zeilen lesen und ihn kennen, mögen ihn darauf aufmerksam machen, oder sonst seinem Bruder Nachricht senden. Willh. Köhn, Wandbeck, Lüderstr. 71.

Der Maurer Emil Behne wird erucht, Familienverhältnisse halber seinen Aufenthalt anzugeben. Kollegen, denen kein Zweifel daran ist, werden gebeten, seine Adresse an den Zweigverein Halle a. d. S. gelangen zu lassen. [M. 1,50] Die Verwaltung.

Zwei bantische Kollegen, Victor und Anton Rasmussen aus Kopenhagen, werden von dem Kollegen Wilhelm Nielsen in Sopothagen, Mathausgasse 14 1/2, gesucht. Man wolle die Kollegen, die möglicherweise kein Deutsch lesen können, hierauf hinweisen.

Gesucht wird der Maurer Wilhelm Butz aus Gnershausen, geb. am 2. Juni 1889 zu Obershausen. Er wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse anzugeben, es handelt sich um eine Familienangelegenheit. Kollegen, denen sein Aufenthaltsort bekannt ist, werden gebeten, uns seine Adresse mitzutheilen. Zahnschneid Rod a. d. Weill, Zweigverein Frankfurt a. M. [M. 2,10]

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode die Mitteilung gemacht wird. Die Beile steht 14.)

Breslau. Am 29. Januar starb nach langem, schwerem Leiden unter treuer Pflege Franz Karzberg im Alter von 30 Jahren.

Dresden. Am 30. Januar starb unter Verbandsmitglieds Richard Müller aus Wehrsdorf im Alter von 34 Jahren an Augenleiden.

Erfurt. Am 6. Februar starb unter Kollegen Gustav Gremlesky im Alter von 36 Jahren.

Essen a. Ruhr. Am 1. Februar starb unter treuer Pflege August Hermann Bachmann im Alter von 24 Jahren an der Genickstarre.

Gießen. Am 6. Februar starb unter Kollegen Wilh. Valentin aus Sieberg im Alter von 59 Jahren an Herzkrankheit.

Halle a. S. (Follerer). Am 31. Januar starb nach langem und unerwartet unter treuer Pflege und Küstler der hiesigen Zählstelle Fritz Georgius im Alter von 28 Jahren.

Seidberg. Eppelheim. Am 2. Februar starb nach langem Leiden unter Verbandskollegen Johann Jakob Rühle III im Alter von 34 Jahren an Augenleiden.

Solmschen. Am 1. Februar starb nach zweijähriger schwerer Krankheit unter Verbandsmitglied Karl Dickmann im Alter von 27 Jahren an Triebtrebs.

Magdeburg. Am 1. Februar starb der Verbandskollege Heinrich Braumann im Alter von 45 Jahren an Herzkrankheit.

Münchendorf. Am 3. Februar starb nach langem, schwerem Leiden unter treuer Verbandskollege Adam Friedmann im blühenden Alter von 24 Jahren an Augenleiden.

Minden i. W. Am 28. Januar starb unter Kollegen Ernst Dralle aus Dornfelden im Alter von 26 Jahren infolge Unfalls im Steinbruch.

Neudamm. Am 1. Februar starb unter treuer Pflege Fritz Schuster im Alter von 36 Jahren an Augenentzündung.

Rimpar. Am 3. Februar starb unter Kollegen Franz Joseph Rind im Alter von 19 Jahren an Herzleiden.

Stuttgart. Am 6. Februar starb plötzlich unter langjähriges tätiges Verbandsmitglied Leonhard Thierwarth im Alter von 48 Jahren an einem Schlaganfall.

Pausburg. Am 3. Februar starb unter treuer Pflege Paul Schönsfeld im Alter von 25 Jahren. Er wurde beim Abenden von Holzstöcken auf dem hiesigen Waidhofe zu Tode gequetscht.

Wiesbaden. Friedrich. Am 1. Februar starb nach kurzem, schwerem Krankenlager unter treuem Mitglied Peter Hess im Alter von 41 Jahren an Augenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Veränderungen.

(V bedeutet Vorname, K Köstler, L Briefwechsel, H Herberge, RZ Redaktionsadresse, W ausgegibt bei.)

Ansbach, L. Fränkischer Hof, Neustadt 10.

Deutsch-Waldfeld, K Hof Kern, Leobsdorferstr. 324, Stb. Dreieck. K Gottlieb Eder, abonst, Mittelstr. 16, Hofstr. 1. St. Penig. V Hermann Ehn, Waidstr. b. Penig. K Richard Littrich, Penig. Waidstr. 3.

Sangerhausen. V Otto Dittmann, Magstr. 30, gegenüber der Gasanstalt.

Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandsversammlungen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonntag, den 13. Februar.

Königsutter. Abends 8 Uhr im Vereinslokal. Nächtlich auf das geprüfte Besuchen des Zweigvereins. Referent Wasthof.

Sonntag, den 14. Februar.

Cunnersdorf 1. Rieseng. Nachm. 3 Uhr in der „Andreaschänke“.

Hriesen. Nachm. 2 Uhr im Hofe von P. Jung.

Dorf a. d. S. Halle. Abends 8 Uhr Generaterversammlung bei Fränk. Schützenverein. K. Kerolmenstr. 3. Tagesordnung wird im Lokal bekanntgegeben. Mitgliederbühnen mitbringen.

Kemberg. Nachm. 3 Uhr. Referent anwesend. Die außerhalb wohnenden Kollegen sind hiermit besonders eingeladen.

Kolzig. Nachm. 2 Uhr bei Herrn Fabians, Grünwald. L. D. Verbandswohl. Bühnen sind mitzubringen.

Treibtsch. Nachm. 3 Uhr im Hofe des Herrn F. Blüthner in Gehrhard. Mitgliederbühnen sind mitzubringen. Referent anwesend.

Sonntag, den 20. Februar.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimath.

Sonntag, den 21. Februar.

Keuschberg. Nachm. 3 Uhr bei Wendle. L. D.: Maß des Vorstandes. Bühnen mitbringen.

Lindow. Nachm. 3 Uhr bei Aug. Staats. Bühnen sind mitzubringen.

Ribnitz. Nachm. 4 Uhr bei Votenberg. Mitgliederbühnen mitbringen.

Sorau i. d. N. L. abends 8 1/2 Uhr in der „Feuertage“. Mitgliederbühnen sind mitzubringen.

Werdau i. S. Nachm. 3 1/2 Uhr in der „Flora“. Bühnen sind mitzubringen.

Züllschau. Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal. L. D.: Verbandswohl. Mitgliederbühnen sind mitzubringen.

Sonntag, den 28. Februar.

Rimpar. Mittags 12 Uhr im „Ramm“. L. D.: Verbandswohl. Vortrag des Kollegen Engelhardt.